

33/1992

Wir gewinnen mit Europa

3. Parteitag der CDU Deutschlands

25.—28. Oktober 1992 in Düsseldorf

mit den Berichten von

- Helmut Kohl (Seite 3—21)
- Peter Hintze (Seite 22—28)
- Wolfgang Schäuble (Seite 29—36)
- Walther Leisler Kiep (Seite 37—39)
- Günter Rinsche (Seite 41—45)



EUROPATAG:

Die europapolitischen Beratungen und Beschlüsse vom 27. Oktober sowie weitere Anträge und Beschlüsse vom 28. Oktober in der nächsten Ausgabe.

Ergebnisse der Wahlen zum Bundesvorstand

	Gültige Stimmen	Ja
Wahl des Bundesvorsitzenden:		
● Bundeskanzler Helmut Kohl	936	856 (91,5%)
Wahl des Generalsekretärs:		
● Peter Hintze	891	742 (83,3%)
Wahl der Bundesschatzmeisterin:		
● Brigitte Baumeister	796	785 (98,6%)
Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden:		
● Angela Merkel	968	762 (78,7%)
● Heinz Eggert		762 (78,7%)
● Norbert Blüm		672 (69,4%)
● Erwin Teufel		562 (58,1%)

Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums:

(gültige Stimmen: 943)

	Ja	Ja
Rudolf Seiters	749	587
Klaus Töpfer	713	503
Heiner Geißler	685	474
Volker Rühle	642	
Christa Thoben		
Manfred Kanther*)		
Günther Krause*)		

*) Ergebnis der Stichwahl

Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes:

(gültige Stimmen: 896)

	Ja	Ja
Eberhard Diepgen	844	640
Bernhard Vogel	834	637
Kurt H. Biedenkopf	807	636
Ottfried Hennig	778	632
Christine Lieberknecht	757	622
Werner Münch	750	618
Hanna-Renate Laurien	745	608
Alexander Graf von Schwerin	731	573
Reinhard Göhner	721	545
Helmut Linssen	698	536
Josef Stock	693	529
Horst Waffenschmidt	691	514
Matthias Wissmann	663	506
Elmar Pieroth		
Christa Reichard		
Hermann Gröhe		
Christian Schwarz-Schilling		
Hedda Meseke		
Hans-Peter Repnik		
Renate Hellwig		
Peter Rauen		
Herbert Reul		
Christoph Bergner		
Georg Milbradt		
Andreas Renner		
Hans Geisler		

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Soziale Marktwirtschaft steht in einer neuen Bewährungsprobe

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! In den vergangenen Tagen und Wochen ist viel über zehn Jahre Regierungsverantwortung in Bonn geschrieben und gesprochen worden. Manches davon war richtig und hat mir – warum soll ich es nicht sagen – auch gutgetan. Es gab aber auch kritische Worte. Auch davon war manches berechtigt – wie könnte dies anders sein?

Für einen Augenblick will ich auf diese zehn Jahre zurückschauen und meine heutige Rede hier vor Ihnen mit einem sehr persönlichen Wort beginnen. Ich habe in diesen Tagen zuallererst viel Dankbarkeit empfunden; Dankbarkeit für Freundschaft und Unterstützung, für Kameradschaft und Gemeinsamkeit in einer schwierigen Zeit. Mir wurde einmal mehr bewußt, wie sehr ich in dieser Union beheimatet bin, wie sehr sie durch Jahrzehnte hindurch für mich und die allermeisten von uns, wenn ich das so sagen darf, ein Stück Heimat geworden ist und auch bleiben wird. So verstanden ist eine Partei eben mehr als ein Interessenverband; sie ist politische Heimat im Auf und Ab des politischen Alltags. Ich bin nunmehr im 20. Jahr Vorsitzender der CDU. Ich weiß besser als viele andere, was Niederlagen bedeuten, und ich nenne auch schwankende Stimmungen. Aber, liebe Freunde, eines weiß ich

auch: Dies ist eine großartige politische Gemeinschaft. Wenn es darauf ankommt, handeln wir entschlossen und gemeinsam und haben damit Erfolg. Ich bin stolz darauf, in dieser Partei meine Pflicht tun zu dürfen.

Auf diesem Parteitag müssen wir Christlichen Demokraten einmal mehr deutlich machen, wer wir sind, wofür wir stehen und wohin wir unser Vaterland führen wollen.

Am Anfang dieses Monats war es gerade zwei Jahre her, daß das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine staatliche Einheit vollenden konnte – ohne Gewalt und ohne Blutvergießen, mit Zustimmung aller unserer Nachbarn, Partner und

Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Helmut Kohl

Freunde. Dies ist und bleibt ein Grund zur Freude und zur Dankbarkeit für uns alle. Wir, die Union, haben die Chance des Jahrhunderts ergriffen, wir haben gehandelt, und wir haben Erfolg gehabt. Wir haben Erfolg gehabt, weil wir – im Gegensatz zu anderen – angesichts schwieriger Entscheidungen nicht weggetaucht sind. Wir sind nicht umgefallen, wenn es um entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft des Landes ging. Wir werden – jedem sei es gesagt –

auch weiterhin Erfolg haben, wenn wir uns nicht opportunistisch treiben lassen. Man kann sicher darüber diskutieren, was in den vergangenen zehn Jahren alles hätte anders oder besser gemacht werden können. Ich stelle mich dieser Debatte gerne. Eines steht für mich jedoch außer Frage: Bei der deutschen Einheit würden wir, würde ich noch einmal so handeln, wie wir es in den Jahren 1989 und 1990 getan haben.

In diesen wenigen Jahren hat sich die Welt grundlegend, ja dramatisch verändert. Wir wollten diesen Wandel. Wir haben ganz entscheidend dazu beigetragen, daß er möglich wurde.

Ich selbst habe in dieser Zeit vor allem Kraft daraus geschöpft, daß ich von Ihrem Vertrauen getragen war, von einer starken politischen Gemeinschaft. Ich weiß, was ich auch persönlich dem Engagement unzähliger Parteimitglieder auf allen Ebenen unserer Partei — in den Städten, in den Gemeinden, in den Kreisen, in den Ländern und im Bund — zu verdanken habe. Herzlich danke ich den Mitgliedern des Parteipräsidiums und des Parteivorstandes, die in diesen Jahren schwierige Entscheidungen getroffen und mitgetragen haben.

Ich will besonders herzlich unseren hauptamtlichen Mitarbeitern danken, deren Arbeit meines Erachtens viel zu selten gebührend gewürdigt wird und die alle — ich meine hier stellvertretend für viele die Mitarbeiter im Konrad-Adenauer-Haus — unseren besonderen Dank verdienen.

Ich nenne heute gerne einen von diesen Mitarbeitern, der bald in Pension geht, unseren Freund Karl Schumacher, den Organisationsleiter, der heute seinen 17. Bundesparteitag organisiert. Wer eine solche

Veranstaltung auch nur einmal organisiert hat, der hat eine Vorstellung davon, was das heißt. Das ist ein Grund, aus dem Amt auszuscheiden.

Ich danke sehr, sehr herzlich Volker Rühle, der bis vor wenigen Monaten das Amt des Generalsekretärs innehatte, und ich danke dem neuen Generalsekretär Peter Hintze für die Unterstützung und Hilfe.

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen aus der CDU/CSU-Fraktion, ganz besonders herzlich unserem Freund, dem langjährigen Vorsitzenden der Fraktion, Alfred Dregger.

Lieber Alfred Dregger, wir wissen, was Sie in diesen Jahren leisten und auch an Lasten tragen mußten. Dafür ein besonders herzliches Wort des Dankes und auch ein sehr persönliches Dankeschön von mir.

Ich danke besonders herzlich auch unserem Freund Wolfgang Schäuble.

(Anhaltender Beifall)

Ich danke Ihnen für den Applaus, der ja mehr bezeugt als Freundschaft. Er gilt einem Mann, der uns ein Beispiel gibt, und das wollen wir nicht vergessen.

Meine Damen und Herren, der Vorsitzende der CSU kommt am Mittwoch, aber ich will ihm schon heute danken, damit ihm dieser Dank rechtzeitig übermittelt wird und man Kommentare darüber macht.

Ich habe viel Grund, Theo Waigel zu danken, der als Nachfolger von Franz Josef Strauß in einer schwierigen Zeit den Vorsitz der CSU übernommen hat und der als Bundesfinanzminister eine der schwierigsten Aufgaben, die das Land zu vergeben hat, mit ganzer Leidenschaft und mit ganzer Kraft wahrnimmt. Als Vorsitzendem unserer Schwesterpartei gilt ihm ein ganz besonders herzliches

Dankeswort. Ich sende es schon jetzt von hier aus nach München.

Ich schließe in diesen Dank gerne den Vorsitzenden der Landesgruppe ein, Wolfgang Bötsch. Eingespannt zwischen Bonn und München hat er kein sehr dankbares Amt. Deswegen auch ihm ein besonders herzliches Dankeschön.

Liebe Freunde, wir dürfen gemeinsam auf das stolz sein, was wir geleistet und erkämpft haben. Diese erfolgreiche Politik ist unser gemeinsamer Erfolg. Wir haben keinerlei Grund, unser Licht in falscher Bescheidenheit unter den Scheffel zu stellen.

Man darf im Blick zurück auf die letzten Jahre schon fragen: Wie war es im Oktober 1982 eigentlich um die Zukunft des Landes bestellt, als wir die Regierungsverantwortung übernahmen?

„Keine Zukunft — no future“ lautete damals eine der meistgebrauchten Parolen, die junge Leute auf viele Wände sprühten. Es herrschte ein Klima, in dem Fleiß und Leistungsbereitschaft wenig galten. Ja, eine der herausragenden Gestalten der deutschen Sozialdemokratie verspottete sie als „Sekundärtugenden“. Unter den Jungen herrschte Zukunftspessimismus in einem bisher nie gekannten Ausmaß.

Heute — Norbert Blüm hat es zu Recht gesagt — wissen die Jungen, daß ihre Aussichten für morgen und übermorgen so gut sind wie nie zuvor in der deutschen Geschichte. In knapp zehn Wochen öffnen sich die Grenzen zum Europäischen Binnenmarkt und Wirtschaftsraum. Dann leben 380 Millionen Menschen in einem Raum ohne Grenzen.

Heute wissen junge Leute mit 18 bis 20 Jahren, daß sie alle Chancen haben, zeit ihres Lebens in Frieden und Freiheit zu leben. Wann je zuvor konnte man das jungen Leuten in Deutschland sagen?

Die Bundesrepublik Deutschland befand sich 1982 in einer wirtschaftlichen Tal-fahrt ohnegleichen. Die Beschreibung des Zustandes mit Vokabeln wie „Nullwachstum“ und „Minuswachstum“ galt als intellektuelle Leistung in der öffentlichen Diskussion. Wir waren es, liebe Freunde, die das Ruder herumgeworfen haben. Wir haben mit einer konsequenten Politik der Sozialen Marktwirtschaft Ernst gemacht. Ich betone: der Sozialen Marktwirtschaft.

Es waren nicht wenige in Deutschland, die mir in diesen Jahren gelegentlich geraten haben, „Thatcherismus“ oder „Reagonomics“ in der Wirtschaftspolitik zu betreiben. Ich fälle keine Urteile über Kollegen. Aber wenn ich die Ergebnisse betrachte, können wir uns mit unserer Sozialen Marktwirtschaft im Vergleich dazu sehr wohl sehen lassen.

Unsere Politik führte zum längsten Aufschwung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Wachstum und Stabilität sind die Markenzeichen dieser Politik. Das Bruttosozialprodukt ist seit 1982 real um 30 Prozent gestiegen. Das sind, liebe Freunde, fast 57 Milliarden DM pro Jahr. Wir haben über drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Sie alle kennen den durchschnittlichen Preisanstieg in den Jahren von 1983 bis 1991: Er betrug nur zwei Prozent.

Auch die Sozialpolitik — sie ist Teil unserer Politik der Sozialen Marktwirtschaft — trägt deutlich unsere Handschrift: Wir haben Erziehungsgeld und Erziehungsur-laub durchgesetzt, Kinderfreibeträge und Kindergeld erhöht und für die Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten im Rentenrecht gesorgt.

Anders gesagt: Wir haben das soziale Netz wieder tragfähig gemacht. Es ist unser Verdienst, daß die Renten wieder sicher sind. Wir haben die Familien entschei-

dend gestärkt. Familienpolitik ist immer ein Kernstück unserer Politik gewesen.

1982 standen im Bundeshaushalt für die Familien 23 Milliarden DM zur Verfügung. In diesem Jahr sind es 47 Milliarden DM. Das sind Zahlen, die für sich sprechen. Wir sollten sie häufiger nach draußen tragen.

Ich frage Sie: Wäre unser Staat, wäre unsere Wirtschaft, wäre unsere Gesellschaft 1982 in der Lage gewesen, die ökonomisch-sozialen Herausforderungen der deutschen Einheit zu bewältigen, wenn sich damals die Chance dazu geboten hätte? Jeder kennt die Antwort. Ich sage das alles nicht, liebe Freunde, damit wir uns gegenseitig bejubeln. Ich sage es aus einem Grund, der mir Sorgen macht.

Er heißt: Wir müssen jetzt gut aufpassen, daß die deutsche Geschichte der letzten Jahre nicht umgeschrieben wird. Denn nicht wenige sind heute wieder dabei, ihr historisches Versagen nachträglich zu vertuschen.

Sie haben längst ihre akademischen und journalistischen Hilfstruppen in Marsch gesetzt, um die erneute Verfälschung der Geschichte vorzunehmen. Wir werden nicht dulden, daß sie damit Erfolg haben. In Wahrheit hatten viele Sozialdemokraten und etliche andere, auch solche, die sich gerne Intellektuelle nennen, schon längst das Ziel der deutschen Einheit aufgegeben. Sie hatten sich mit der sowjetischen Vorherrschaft über Mittel-, Ost- und Südosteuropa abgefunden. Sie waren bereit, die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft aufzugeben. Das gemeinsame Grundwertepapier von SED und SPD aus dem Jahre 1987, liebe Freunde, das war vor fünf Jahren war doch kein Betriebsunfall. Es war der absolute Tiefpunkt einer opportunistischen Anpassung.

Wir haben nicht vergessen und werden

immer wieder daran erinnern, daß die Ministerpräsidenten der SPD-geführten Länder der alten Bundesrepublik die Dokumentation und Verfolgung von SED-Unrecht und Regierungskriminalität durch die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter abschaffen wollten. Sie waren bereit, auf eine Kernforderung von Honecker einzugehen.

Wir haben das Ruder herumgeworfen. Das Ergebnis hat uns Recht gegeben. Erst Hunderttausende und dann Millionen von Deutschen aus der ehemaligen DDR konnten uns im Westen besuchen. Wir haben das Bewußtsein für die Einheit unserer Nation aufrechterhalten und gestärkt. Wir sind der Idee des einen Vaterlandes treu geblieben.

Liebe Freunde, 1982/83 — auch das gehört zum Bild — waren die Sozialdemokraten bereit, sich den sowjetischen Pressionen im Blick auf die Stationierung der Mittelstreckenwaffen zu beugen. Wir haben Deutschland zu einem verlässlichen Partner im Bündnis gemacht. Wir haben den NATO-Doppelbeschluß gegen alle Widerstände umgesetzt. Ich weiß aus nicht wenigen Gesprächen mit Michail Gorbatschow, daß diese Standfestigkeit des Westens und die Position der Deutschen, die das Bündnis gestärkt hat, wesentlich zur Entwicklung des neuen Denkens in der damaligen sowjetischen Führung beigetragen hat.

Das alles war eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der umfassenden nuklearen und konventionellen Abrüstung. Wir dürfen nicht dulden, daß dieser gewaltige Erfolg — Frieden schaffen mit weniger Waffen — vergessen wird. Das war unsere Leistung. Das war unser Erfolg.

Wie stand es um die Europapolitik? Das meistgebrauchte Wort in der ersten

Hälfte der 80er Jahre war „Euroske-rose“. Heute sprechen wir schon fast nicht mehr über die Öffnung der Grenzen in Europa und über den großen gemeinsamen Markt. So selbstverständlich ist das für uns geworden.

Unsere Europapolitik und unsere Bündnispolitik standen nach unserem Verständnis immer auch im Dienste der deutschen Einheit. Sie schufen jenes Vertrauen, das eine entscheidende Voraussetzung für die Zustimmung unserer Nachbarn, Partner und Freunde zur Wiedervereinigung Deutschlands war.

Heute, liebe Freunde, stehen wir erneut vor der Notwendigkeit, in Staat und Gesellschaft umzudenken, allerdings aus gänzlich anderen Gründen als 1982. Erneut sind wir, die CDU Deutschlands, gefordert. Die Sozialdemokraten haben auch heute nichts anderes anzubieten als Kleinmut und Schwarzmalerei. Selbst nach zehn Jahren Opposition bieten sie keine Alternative.

Liebe Freunde — das ist vor allem das Ziel meiner heutigen Rede —, machen wir uns keine Illusionen. Das wiedervereinigte Deutschland erfordert mehr als eine bloße Fortsetzung bewährter Politik.

Wir wissen, daß der Wandel den Menschen in den neuen Bundesländern jetzt viel abverlangt. Aber auch für die Menschen in den alten Bundesländern gilt es jetzt umzudenken. Eine Neufestsetzung der Prioritäten ist dringend erforderlich.

Wir haben die Einheit gewollt. Wir haben sie gewollt im vollen Bewußtsein der historischen Dimension der damit verbundenen Aufgaben. Heute wissen wir, daß die Hinterlassenschaft des SED-Regimes weitaus verheerender ist, als irgend jemand zuvor angenommen hat.

Den SED-Wirtschaftslenkern war spätestens im Herbst 1989 die Zahlungsunfähigkeit der damaligen DDR klar. In einer internen Vorlage der SED-Führung vom September 1989, die jetzt öffentlich ist, heißt es wörtlich: „Die Verschuldung ist auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt.“

Alle Fachleute glaubten im Frühjahr 1990, daß das industrielle Vermögen der DDR mehr als ausreichen würde, die Schulden zu begleichen. Die Modrow-Regierung — ich erinnere mich noch sehr gut an den Besuch von Modrow in Bonn — bezifferte damals das Vermögen der DDR auf 1200 Milliarden DM. Später wurde diese Zahl nach unten korrigiert. Aber auch die Treuhandanstalt rechnete zu Beginn ihrer Arbeit noch mit einem Vermögenswert in dreistelliger Milliardenhöhe. Deshalb — das muß man immer wieder erwähnen — wurden auf Wunsch der DDR-Regierung im Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion den Sparern in der DDR noch verbrieft Anteilsrechte am staatseigenen Vermögen in Aussicht gestellt.

In Wahrheit stand die DDR im Herbst 1989 vor dem Bankrott. Als eigenständiger Staat hätte sie wirtschaftlich weder so, wie sie war, noch — das betone ich auch — in reformierter Form überleben können, und zwar mit allen sozialen Konsequenzen für jeden einzelnen. Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie die deutsche Einheit haben die Menschen vor einer ökonomischen und vor einer sozialen Katastrophe bewahrt.

Die wirkliche Lage ist erst nach und nach zutage getreten. Sie wurde, wie wir heute wissen, ganz erheblich dadurch verschärft, daß der Osthandel, insbesondere mit den Ländern der früheren Sowjetunion, fast völlig zusammengebrochen ist. Infolgedessen wird der Aufbau in den neuen Ländern länger dauern, und er

wird auch teurer werden, als wir dies Mitte 1990 annehmen konnten.

Liebe Freunde, wir befinden uns heute mitten in einem dramatischen Wandel. Dabei liegen Licht und Schatten, Fortschritt und Defizit ganz dicht beieinander. Aber unbestreitbar ist, daß wir in den vergangenen zwei Jahren schon ein großes Wegstück vorangekommen sind. Deswegen dürfen wir nicht zulassen, daß unsere Erfolge ständig heruntergeredet werden, nicht zuletzt und vor allem von denen, die die Einheit gar nicht gewollt haben und noch vor kurzem die DDR als sozialistisches Musterland angepriesen haben.

Die Bürger in den neuen Bundesländern spüren sehr wohl, daß sich ihre persönliche Situation verbessert. In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Zahl derjenigen, die ihre private Wirtschaftslage als gut oder sehr gut beurteilen, auf über 75 Prozent erhöht. Insgesamt bewerten 68 Prozent der Menschen in Ostdeutschland die beiden Jahre seit der Wiedervereinigung als eine gute oder zumindest eher gute Zeit.

Diese Zahlen sollen nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele Menschen sich verständlicherweise Sorgen machen. In den Städten und Dörfern der neuen Bundesländer gibt es mancherorts auch Ängste und Not. Menschen, die bisher unter der Vormundschaft des Staates und des Regimes standen, erleben jetzt eine völlige Veränderung ihrer Lebensverhältnisse.

Sie müssen sich eigenverantwortlich in der neuen Freiheit zurechtfinden. Sie müssen mit dieser Freiheit aber auch Erfahrungen machen, die deprimierend sind. Das gilt auch für die Begegnung mit

so manchem, der aus den westlichen Bundesländern in die neuen Länder gekommen ist.

Neben dem, was wir ökonomisch tun können — da bin ich ganz optimistisch —, müssen wir vor allem mehr als bisher aufeinander zugehen. Das Hauptproblem der deutschen Einheit sind aus meiner Sicht nicht die ökonomischen und sozialen Fragen — die werden wir lösen können —, das Hauptproblem ist, ob wir nach 40 Jahren der Teilung wieder zueinanderfinden, aufeinander hören, nicht übereinander, sondern miteinander sprechen.

Wir, die wir das Glück hatten, im Westen großzuwerden, müssen dabei den größeren Schritt tun und auf unsere Landsleute in den neuen Ländern zugehen.

Für alle Gruppen unserer Gesellschaft — auch für die politischen Parteien, auch für die Christlich Demokratische Union —, ist dies eine der wichtigsten Aufgaben dieses Jahrzehnts.

Meine Damen und Herren, Arbeitsverdienste und Renten in den neuen Bundesländern sind erheblich gestiegen. Diese Einkommenssteigerungen überwiegen die unvermeidlichen Preis- und Mieterhöhungen. Für die meisten Haushalte bleiben beträchtliche reale Einkommengewinne. Es gibt einen deutlichen Anstieg des Lebensstandards. Natürlich ist das Bild sehr differenziert. Haushalte — ich sagte es schon —, die von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffen sind, haben Einbußen erlebt, auch wenn das Arbeitslosengeld der allgemeinen Lohnentwicklung angepaßt wird.

Trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse wird in den neuen Bundesländern in einem Umfang inve-

stiert, wie das in der modernen Wirtschaftsgeschichte weltweit ohne Beispiel ist. Die erwarteten zweistelligen Zuwachsraten in diesem und auch im nächsten Jahr zeigen, daß die Investoren Vertrauen in die Entwicklung in Ostdeutschland und in den Aufbauwillen der Menschen setzen.

Wir müssen alle Kraft dafür einsetzen, neue Perspektiven für die Menschen in den Regionen zu eröffnen, die besonders unter den Folgen einseitiger Industriestrukturen leiden. Ich nenne die Küstenregion, die Braunkohlegebiete, das Chemiedreieck und die Regionen mit einem hohen Anteil an Textilindustrie. Ich sehe hier eine besondere Herausforderung für uns, die Union, als die Partei der Sozialen Marktwirtschaft; denn es geht um beides: um die wirtschaftliche Zukunft von Regionen und um sozialen Ausgleich in einer schwierigen Phase des Strukturwandels.

Ich füge hinzu: Ich habe nicht den Eindruck, daß alle in den westlichen Bundesländern begriffen haben, auf welcher dramatischen Weise sich das Leben der Menschen in den neuen Bundesländern innerhalb weniger Monate und Jahre verändert hat.

Ich habe großen Respekt vor all denen, die dort in einem so grundlegenden Wandel Verantwortung übernommen haben als Bürgermeister, als Landrat, als Betriebsrat, als Mitglied einer Landesregierung.

Sie haben diese schwere Aufgabe häufig ohne jede Vorbereitung übernommen. Sie waren noch vor kurzem Krankenschwestern, Tierärzte, Pfarrer — Menschen aus verschiedensten Berufen —, und sie leisten jetzt vor Ort hervorragende Arbeit. Wenn sie gelegentlich Fehler machen, dann kann ich sie trösten: Alteingeses-

sene Kommunalpolitiker im Westen machen auch ihre Fehler.

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist nach wie vor schwierig, und kurzfristig ist eine Wende am Arbeitsmarkt nicht zu schaffen. Deshalb haben wir durch eine aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik die Folgen des unvermeidlichen wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses für die Menschen erheblich abgefedert. Wir arbeiten beispielsweise zusammen mit Gewerkschaften, Betriebsräten und Landesregierungen an einem integrierten Gesamtkonzept für die Braunkohle.

Privatisierung, Rekultivierung und Beschäftigung sind die Eckpfeiler dieses Konzepts. Auch für andere Bereiche — ich nenne die Chemie — müssen entsprechende Lösungen gefunden werden. Dies alles muß schnell geschehen. Wir haben wenig Zeit.

Die wachsenden Investitionen, meine Damen und Herren, beweisen, daß unser wirtschaftspolitisches Förderkonzept richtig angelegt ist. Es setzt auf Investitionen, weil nur auf diesem Weg die erforderlichen neuen Arbeitsplätze entstehen können.

Aber, und auch das muß jeder zur Kenntnis nehmen und wissen, der Aufschwung im Osten ist ohne ein stabiles Fundament im Westen nicht denkbar. Wir müssen daher alles tun, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in ganz Deutschland zu stärken.

Das gilt gerade in der gegenwärtigen Zeit, in der die konjunkturellen Risiken zunehmen und sich der erwartete weltwirtschaftliche Aufschwung verzögert. Diese Risiken müssen insbesondere jene bei uns beachten, die glauben, die Folgen der 40jährigen deutschen Spaltung seien in erster Linie durch Umverteilung von

Lasten zu überwinden. Die innere Einheit in wirtschaftlicher Hinsicht wird nur erreicht werden durch Leistung und Leistungsbereitschaft in West und Ost.

Liebe Freunde, diese Einsicht ist heute so akutell wie zu Zeiten von Ludwig Erhard. Wer sie verdrängt, setzt auch unsere Erfolge aufs Spiel. Zu diesen Erfolgen gehört die Stabilität der D-Mark. Sie darf auf keinen Fall gefährdet werden. Leistungskraft und Stabilität sind Voraussetzung, um solidarisch handeln zu können. Solidarität erweist sich daran, daß auf längere Zeit 4 bis 5 Prozent des Bruttozialprodukts — also gut 140 Milliarden DM jährlich — für den Aufbau in den neuen Ländern bereitgestellt werden. Der Bund trägt hierbei den weitaus größten Anteil. 4 bis 5 Prozent, das ist nahezu der gesamte jährliche Zuwachs unseres nominalen Bruttozialprodukts.

Das bedeutet — und ich spreche dies aus — : Es bleibt kein Spielraum für zusätzliche Leistungen ohne entsprechende Einsparungen an anderer Stelle. Es ist nicht die Zeit des Verteilens angebrochen.

Dies gilt für die Tarifpolitik ebenso wie für die Ausgaben der öffentlichen Hand in Bund, Ländern und Gemeinden.

Meine Damen und Herren, in den zehn Jahren seit 1982 haben sich viele in unserem Volk angewöhnt — wir sollten offen bekennen: Wir haben oft dabei Hilfestellung geleistet —, zunehmende Beschäftigung bei hoher Preisstabilität mit steigenden Realeinkommen als selbstverständlich anzusehen. Es hat kaum Verteilungskämpfe gegeben, weil aus dem jährlichen Zuwachs fast alle Ansprüche befriedigt werden konnten. Dies ist jetzt nicht mehr so.

Die Soziale Marktwirtschaft — ich wiederhole es — steht in einer neuen Bewährungsprobe. Die

Gestaltung der inneren Einheit Deutschlands ist eine Aufgabe für alle Deutschen. Nicht nur der Bund, sondern ebenso Länder und Gemeinden, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie Kirchen und alle Gruppen unserer Gesellschaft müssen an unserer gemeinsamen Zukunft mitarbeiten.

Es geht darum, die anstehenden Aufgaben auch bei verlangsamtem Wirtschaftswachstum zu erfüllen. Es geht um die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Sicherung des Standorts Deutschland und um Anpassungen in den Sozialversicherungssystemen an die künftigen demographischen Verhältnisse. Erinnern wir uns einen Augenblick an die Aufbaujahre in der alten Bundesrepublik. Damals haben nur wenige abseits gestanden und zugeschaut, wie sich andere für den Aufschwung abrackerten. Das deutsche Wirtschaftswunder war kein Wunder. Es war das Ergebnis gemeinsamer harter Arbeit. Es war auch das Ergebnis der Hilfe des Marshallplans. Es war vor allem das Ergebnis des Willens unseres Volkes, zu überleben und nicht unterzugehen.

Mir scheint dies in Teilen unserer heutigen Gesellschaft anders zu sein. Oft habe ich den Eindruck, es sitzen heute zu viele auf der Zuschauertribüne der deutschen Einheit und schauen zu, was die Akteure auf der Bühne treiben. Man hört und sieht zu wenig von ihnen, wenn Taten gefragt sind. Ich finde, es ist höchste Zeit, daß wir alle — ich meine wirklich alle in unserem Volk — die gemeinsame Herausforderung angehen.

Wer sich in einer solchen Zeit aus Bequemlichkeit darauf versteift, liebge-wonnene Gewohnheiten und Besitzstände um jeden Preis zu verteidigen, wird den Weg in die Zukunft nicht schaf-

fen. Deutsche Einheit und europäische Union sind Glücksfälle unserer Geschichte. Sie müssen unsere Kräfte wecken und uns aufrütteln. Deshalb brauchen wir dringend einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, was notwendig ist, um die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern.

Deshalb habe ich zu Gesprächen über einen Solidarpakt für Deutschland eingeladen. Es geht um bessere Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze in ganz Deutschland.

Liebe Freunde, die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Herausforderung der kommenden Jahre läßt sich in folgenden Eckpunkten zusammenfassen.

Erstens. Vor zwei Wochen hat die Treuhandanstalt die ökonomische Schlußbilanz der DDR vorgelegt. Das ernüchternde Ergebnis von 40 Jahren SED-Wirtschaft ist ein Schuldenberg von 250 Milliarden DM. Hinzu kommen 150 Milliarden DM Altschulden; insgesamt also eine finanzielle Erblast der DDR von mindestens 400 Milliarden DM. Für Zinsen und Tilgung werden wir ab 1995 rund 40 Milliarden DM jährlich aufbringen müssen. Diese Erblast kann nur gemeinsam getragen werden, von Bund, Ländern und Gemeinden.

Zweitens. Unabweisbar — und im Einigungsvertrag — festgelegt ist die Neuordnung des Finanzausgleichs ab 1995. Hier geht es auch darum, für eine angemessene Finanzausstattung in den neuen Bundesländern zu sorgen und die dafür notwendigen Finanzierungslasten ausgewogen auf die alten Länder und den Bund zu verteilen. Es handelt sich um ein Finanzvolumen in der Größenordnung von 50 bis 60 Milliarden DM.

Drittens. Die dringend notwendige und schon beschlossene Bahnreform muß

ohne Ausweitung der Neuverschuldung finanziert werden. Diese Reform ist Teil eines überfälligen Gesamtkonzepts, bei dem es darum geht, den drohenden Verkehrsinfarkt abzuwenden und unsere Verkehrssysteme umweltgerecht zu gestalten. Mit den bisherigen Einnahmen ist dies nicht zu schaffen. Wegen der schwierigen Finanzierungsfragen verhandeln wir zur Zeit mit unseren Partnern in der EG.

Viertens. Risiken für den Haushalt liegen in der Konjunktorentwicklung. Große Risiken ergeben sich aus der weltwirtschaftlichen Lage. Die konjunkturelle Schwäche bei vielen unserer wichtigsten Partner — insbesondere in den USA, in Japan und in Europa — ist unübersehbar. Eine Abschwächung des Wachstums bei uns in Deutschland um nur einen Prozentpunkt bedeutet für Bund, Länder und Gemeinden 10 Milliarden DM weniger Steuereinnahmen pro Jahr. Wer heute Vorschläge macht, muß also immer zugleich fragen, ob er damit unserer Konjunktur nützt. Das muß der Maßstab für unser Tun sein.

Der alte Satz, daß die Kuh erst gefüttert werden muß, bevor man sie melken kann, gilt heute mehr denn je.

Liebe Freunde, viele in Deutschland fragen angesichts solcher Zahlen, ob wir diese Herausforderung überhaupt meistern können, ob wir uns nicht übernommen haben? Ich sage ganz einfach: Angesichts einer jährlichen Wirtschaftsleistung in Deutschland von rund 3 000 Milliarden DM können wir diese Herausforderung bewältigen. Voraussetzung dafür ist, daß wir dies gemeinsam tun und daß niemand abseits steht.

Für mich kommt es entscheidend auf die folgenden fünf Punkte an:

Erstens. Wir werden den Haushalt 1993 termingerecht verabschieden. Es

bleibt bei den gesetzten Prioritäten. Die neuen Bundesländer haben weiterhin Vorrang. Der Ausgabenanstieg muß strikt begrenzt bleiben. Zusätzliche — auch einschneidende — Sparanstrengungen sind unvermeidlich. Denn Stabilität von Haushalt und Geldwert ist das Fundament, auf dem wir gemeinsam stehen. Wenn wir die Stabilität der Währung nicht erhalten, ist vieles von dem, was wir erreicht haben, in Frage gestellt. Man kann das nicht oft genug sagen.

Zweitens. Wir brauchen einen Solidar-pakt für Deutschland. Mein Angebot richtet sich nicht nur an die Gewerkschaften. Genauso gefordert sind die Unternehmer und alle Gruppen unserer Gesellschaft. Gefordert sind Bund, Länder und Gemeinden. Gefordert sind wir alle. Es geht dabei auch um eine sozial gerechte Verteilung der Lasten — einschließlich der Erblasten der DDR. Liebe Freunde, es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Drittens. Die Länder und Gemeinden müssen den Konsolidierungskurs des Bundes durch eigene Anstrengungen unterstützen. Die Bundesregierung ist gerne bereit, zu helfen, wenn es etwa darum geht, Leistungsgesetze zu überprüfen, die vor allem im Bereich der Länder und Gemeinden ihre Wirkung haben.

Viertens. Wir wollen Verwaltungs- und Rechtsvereinfachungen durchsetzen. Es geht vor allem darum, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Auf diese Weise werden öffentliche Haushalte entlastet und die Bürokratiekosten für die Wirtschaft gesenkt. Bis Ende November — also in kurzer Zeit — wollen wir die dazu notwendigen Gesetzesinitiativen ergreifen. So sollen Bebauungspläne schneller genehmigt werden können, um die Schaffung von neuem Wohnraum und gewerblichen Anlagen zu vereinfachen.

Dies alles soll zunächst und vor allem den Menschen in den neuen Ländern zugute kommen. Meine Hoffnung ist aber, daß wir — wie in vielem anderen auch — bei der Gestaltung der inneren Einheit in Deutschland, beim Prozeß des Zusammenwachsens voneinander lernen und daß manches von dem, was wir jetzt für die neuen Länder verwirklichen, auch zum Vorbild für die alten Länder wird.

Ich bringe es auf eine sehr einfache Formel, die ich meinen Mitarbeitern jeden Tag predige. Diese Formel heißt: Wenn es in der Zeit Ludwig Erhards, in der Zeit der Gründung und des Aufbaus in der alten Bundesrepublik — damit meine ich die Zeit von 1949 bis etwa 1955, die entscheidenden sechs Jahre, die den Durchbruch brachten — die gleiche Regelmäßigkeit zu einem deutschen Wirtschaftswunder gekommen.

Fünftens. Die Verhandlungen über den Bund-Länder-Finanzausgleich müssen rasch geführt und zu einem positiven Ergebnis gebracht werden. Die alten Länder — das geht nicht anders — müssen einen angemessenen Beitrag auch zur Finanzausstattung der neuen Länder sowie zur Bewältigung der finanziellen Erblasten leisten.

Liebe Freunde, dies ist ein ehrgeiziges Programm. Seine Durchführung fordert eine gewaltige Kraftanstrengung. Ich gehe davon aus, daß zur Bewältigung der finanziellen Erblast Einnahmeverbesserungen zwingend notwendig sein werden. Sonst werden wir die 1995 anstehenden Belastungen aus dem Erblastfonds und der Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich nicht schultern können.

Auf die Frage, die viele in diesen Tagen stellen: Warum sagst du das gerade jetzt? — gebe ich eine klare

Antwort: Weil ich denke, dies ist die Stunde der Wahrheit. Es macht keinen Sinn, den Bürgern gegenüberzutreten und ihnen zu sagen: Wir werden dies irgendwann einmal schultern, wenn ich ihnen auf Grund meiner Überzeugung und Kenntnisse sagen muß: Für die 1995 anstehenden Belastungen brauchen wir Einnahmeverbesserungen, anders ist die Erblast nicht zu finanzieren.

Liebe Freunde, ich will im Rahmen der Gespräche über den Solidarpakt und den Länderfinanzausgleich mit den Beteiligten über die Einzelheiten sprechen. Wir müssen aber sehr rasch und endgültig entscheiden, damit die Menschen in Deutschland wirklich wissen, wie die Dinge sich in den nächsten Jahren gestalten. Es ist keine gute Politik, wenn wir diese Fragen in der Schwebe lassen. Wir müssen den Mut und natürlich auch den Sachverstand haben, das Richtige jetzt zu tun. Dazu gehört ein Zweites — das will ich noch einmal unterstreichen —: Demjenigen, der jetzt, in diesen Wochen und Monaten, seinen Beitrag beispielsweise zu Einsparungen und Umschichtungen verweigert, antworte ich: Er trägt Verantwortung dafür, wenn die Belastungen für den Bürger dann früher und höher eintreten.

Das, was wir vorhaben, ist nur möglich, wenn wir einsparen und umschichten. Wenn Sie mir freundlichen Beifall zollen — der Beifall eben war ohnehin karg —, dann sage ich Ihnen: Das wird viele Menschen betreffen. Wenn wir aber wollen, daß das Staatsschiff flott bleibt, müssen wir auch die Konsequenzen ziehen. Das ist mein Programm.

Liebe Freunde, das ist ein mutiges Programm. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns 1990 aber nicht

gewählt, damit wir in einer dramatischen Situation einfach so in den Tag hineinleben. Sie haben uns vielmehr gewählt, damit wir jetzt mit Entschlossenheit das Richtige tun. In diesem Sinne wollen wir ans Werk gehen.

Wir haben im übrigen auch in anderen Bereichen in diesen Wochen und Monaten erhebliche Fortschritte erreicht. Ich nenne zwei wichtige sozialpolitische Fragen.

Mit den Beschlüssen zur Gesundheitsreform legen wir jetzt die Fundamente, damit unser freiheitliches und selbstverwaltetes Gesundheitssystem auch in Zukunft leistungsfähig bleibt. Bei den enormen Kostensteigerungen auf diesem Gebiet können wir doch nicht einfach weitermachen, ohne Konsequenzen zu ziehen. Es muß jetzt gehandelt werden. Man kann über die Details sehr wohl reden, aber es muß gehandelt werden.

Ich nenne noch ein anderes Thema, das — auch bei uns — heiß umstritten ist und das ich für außerordentlich wichtig halte: die Pflegeversicherung. Meine Damen und Herren, angesichts der demographischen Entwicklung, angesichts der Tatsache, daß immer mehr Menschen in Deutschland wesentlich älter werden, ist die anstehende Entscheidung zwingend. Wenn in acht Jahren in Deutschland rund 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger leben, die über 85 Jahre alt sind — ich nenne diese Zahl, um die Dimension des Problems deutlich zu machen —, muß doch jeder erkennen, daß wir hier zu Lösungen kommen müssen.

Eine Pflegeversicherung — auch das muß gesagt werden — ist jedoch nicht zum Nulltarif zu haben. Das muß man klar und deutlich aussprechen. Ihre Einführung darf nicht zu einer zusätzlichen Erhöhung der Lohnnebenkosten führen.

Auch hier sind Einsparungen das Gebot der Stunde. Wir müssen, weil unsere Produkte zu teuer geworden sind, ohnehin auf dem Weltmarkt um unseren Rang als führende Exportnation kämpfen.

Und eines muß auch klar sein — ich spreche auch dies aus, obwohl es viele nicht gerne hören —: Ich bin dafür, daß wir die Pflegeversicherung, wie versprochen, in dieser Legislaturperiode verabschieden, aber ich sehe keine Chance, sie in dieser Legislaturperiode in Kraft zu setzen.

Meine Damen und Herren, in wenigen Wochen wird der Europäische Binnenmarkt Wirklichkeit. Wenn wir seine Chancen voll nutzen wollen, sind zusätzliche Anstrengungen notwendig.

Das Thema „Europa“ ist für uns alle von einer schicksalhaften Bedeutung. Wir wollen diesem Thema aus diesem Grunde morgen einen ganzen Tag unseres Parteitages widmen.

Wir brauchen uns in diesen Tagen nur umzuschauen, um zu erkennen, welche Anstrengungen überall in der Europäischen Gemeinschaft und in der ganzen Welt unternommen werden, um im Standortwettbewerb bestehen zu können. Wir müssen in Deutschland erkennen, daß wir auch ohne die deutsche Einheit und die daraus resultierenden Herausforderungen vor dem Problem stehen würden, unseren Standort in der Welt zu behaupten.

Auch hier ist eine ehrliche Bestandsaufnahme zwingend. Ich nenne nur einige wenige Beispiele, die deutlich machen, daß wir die Probleme nicht mehr auf die lange Bank schieben können, sondern jetzt schnell handeln müssen — und zwar überall, wo wir in der Verantwortung stehen.

Ich nenne das Thema „Ausbildung“. Wir haben in Deutschland extrem lange Ausbildungszeiten für Akademiker. Nicht wenige Naturwissenschaftler verlassen die Hochschule erst mit dem 30. Lebensjahr, um dann ins Berufsleben zu gehen. Eine andere Zahl ist geradezu alarmierend: Im Durchschnitt verlassen 27 Prozent der Studenten die Hochschulen ohne einen Abschluß; in manchen Fachbereichen sind es fast 50 Prozent.

Ich will noch eine andere Zahl nennen: Wir haben gegenwärtig 1,8 Millionen Studenten in Deutschland, die 1,6 Millionen Lehrlingen gegenüberstehen. Das kann auf Dauer nicht funktionieren!

Meine Damen und Herren, im Moment schütteln wir darüber den Kopf, aber dies genügt nicht. Wir müssen fähig sein, in der Bildungspolitik die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Es gibt eine Fülle von Aufgaben, die jetzt gelöst werden müssen!

Dazu gehört eine Reform der Studiengänge. Es ist doch nicht einzusehen — und schadet auch den Zukunftschancen unserer jungen Generation in Deutschland —, daß die durchschnittlichen Ausbildungszeiten in wichtigen Bereichen der akademischen Ausbildung in unseren Nachbarländern vier oder fünf Jahre kürzer sind. Es ist ebensowenig einzusehen — und hier bietet sich ja mit der deutschen Einheit die Chance zur Korrektur —, daß die Gymnasialzeit im Westen Deutschlands neun Jahre dauert, in den neuen Bundesländern wie in vielen Teilen der Welt aber nur acht Jahre. Eine Verkürzung der neunjährigen Gymnasialzeit ist ein altes Petitum unserer Partei, ein Petitum schon früherer Parteitage. Zur Bestandsaufnahme gehören weitere Tatsachen:

● Wir haben ein Renteneintrittsalter von durchschnittlich 59 Jahren.

- Wir haben mit 37,7 Stunden die kürzeste Wochenarbeitszeit aller Industrieländer.
 - Wir haben mit 42 Tagen die meisten Feiertage und Urlaubstage.
 - Als Folge davon haben wir mit 1.500 Stunden die niedrigste Jahresarbeitszeit.
- Was ich persönlich als besonders negativ empfinde: Der Arbeitszeitnachteil wird nicht etwa durch längere Maschinenlaufzeiten in unseren Betrieben ausgeglichen. Unter den europäischen Ländern sind wir das Land mit den kürzesten Maschinenlaufzeiten je Woche.

Dies alles sage ich nicht, um schwarz zu malen. Aber als führende politische Kraft in Deutschland müssen wir uns, wo immer wir in der Verantwortung stehen, diesen Tatsachen jetzt stellen, und wir müssen versuchen, zu einer Politik der Mitte — man kann auch sagen: zu einer Politik der Vernunft — zurückzukehren. Das ist es nämlich, was wir brauchen!

Liebe Freunde, dazu gehört mehr Flexibilität in der Arbeitszeit. Wir wollen die Lebensarbeitszeit auf freiwilliger Basis verlängern. Möglichkeiten und Anreize dazu haben wir mit der Rentenreform 1992 bereits geschaffen. Es darf auch kein Tabu sein, die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Frage zu stellen; zumindest müssen die Tarifparteien ernsthaft über ein Moratorium für weitere Arbeitszeitverkürzungen sprechen.

Es gibt auch Erfreuliches zu berichten: Das Beispiel der Lufthansa zeigt, daß man auch in einer schwierigen Situation durch Zusammenarbeit der Tarifpartner vernünftige Lösungen finden kann. Wir müssen — das ist eine Grundvoraussetzung für eine gute wirtschaftliche und soziale Zukunft — den Trend zu immer

höheren Lohnzusatzkosten bremsen. Das muß der Gesetzgeber ebenso tun wie die Tarifparteien.

Obwohl das manchem nicht gefällt, füge ich hinzu: Im Blick auf den großen europäischen Markt und — damit im Zusammenhang — die härter werdende Konkurrenz brauchen wir dringend die Reform der Unternehmensbesteuerung.

Liebe Freunde, es ist nicht wahr, daß es sich dabei um ein Geschenk für die Reichen handelt. Es ist ein Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze von morgen und damit für die Zukunft der kommenden Generationen.

Wer das nicht glaubt, soll sich in Europa einmal umschauen. Es muß doch nachdenklich stimmen, daß sozialistisch geführte Regierungen — nehmen Sie die Regierung von Felipe Gonzalez in Spanien — dies längst begriffen haben und entsprechend handeln.

Liebe Freunde, viele in unserem Land machen sich zu Recht Sorgen wegen des anwachsenden massenhaften Zustroms von Asylbewerbern, die in ihrer überwältigenden Mehrheit in ihrer Heimat **nicht** aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt werden. Der Zustrom steigt von Monat zu Monat. Er führt zu unhaltbaren Zuständen in unseren Städten und Gemeinden. Allein für 1992 müssen wir mit weit über 400.000 Asylbewerbern rechnen. Nach allen Erfahrungen sind nur rund 5 Prozent von ihnen wirklich Verfolgte.

Jeder weiß: Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten. Die Situation hat sich dramatisch zugespitzt. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen wir vor der Gefahr einer tiefgehenden Vertrauenskrise gegenüber unserem demokratischen

Staat, ja — ich sage es mit Bedacht —, eines Staatsnotstandes.

Die Menschen erwarten von uns schnell Lösungen, und zwar Lösungen, die greifen, die dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam einen Riegel vorschieben.

Liebe Freunde, wiederum muß man sich die Zahlen klarmachen: Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft kommen rund 60 Prozent aller Asylbewerber nach Deutschland. Das Problem des massenhaften Zustroms kann nur im Rahmen gemeinsamer europäischer Anstrengungen auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention gelöst werden. Hierzu ist — und dies kann doch eigentlich niemand mehr bezweifeln — eine Grundgesetzänderung zwingend erforderlich.

Offensichtlich unbegründete Asylanträge müssen aus dem bisherigen komplizierten Verfahren herausgenommen und schnell entschieden werden. Das wird mehr als die Hälfte der Fälle betreffen. Aufenthaltsbeendende Maßnahmen müssen sofort vollzogen werden können, wenn keine irreparablen Nachteile drohen.

Ich füge hinzu: Die Sozialhilfe für Asylbewerber darf keinen wirtschaftlichen Anreiz mehr darstellen, nach Deutschland zu kommen. Deshalb meine ich, daß wir über Kürzungen sprechen müssen. Sachleistungen sollten Vorrang vor Geldleistungen haben.

Bund und Länder müssen alle Möglichkeiten der Beschleunigung von Asylverfahren ausschöpfen, vor allem bei Asylbewerbern, die schwere Straftaten — beispielsweise Rauschgiftdelikte — begehen. Abgelehnte Asylbewerber ohne Aufenthaltsrecht müssen abgeschoben werden. Hier sind, wie jeder weiß, vor allem die Bundesländer gefordert.

Wir haben uns in den Koalitionsparteien endlich auf die notwendigen Maßnah-

men geeinigt, und wir haben einen entsprechenden Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag in namentlicher Abstimmung mit Mehrheit beschlossen. Liebe Freunde, bisher hat sich die SPD einer vernünftigen Lösung verweigert, obwohl auch aus ihren Reihen zahlreiche in der Verantwortung stehende Kommunal- und Landespolitiker immer häufiger mit dramatischen Appellen auf die Unhaltbarkeit der Situation hinweisen.

Ich fordere die Sozialdemokraten auf, jetzt endlich den Weg für eine Verständigung über die nötigen Änderungen des Grundgesetzes freizumachen. Dabei — das unterstreiche ich, liebe Freunde — muß allerdings klar sein, daß wir, die CDU und CSU, nur eine Änderung mitbessern werden, die entscheidende Verbesserungen bringt.

Liebe Freunde, gerade weil unsere Position in dieser Frage so klar ist, verurteilen wir um so entschiedener und schärfer, daß einige in unserem Land zu Gewalt greifen. Wir verurteilen auf das schärfste Ausschreitungen, wie sie insbesondere in den letzten Wochen gegenüber bei uns lebenden Ausländern und Asylbewerbern vorgekommen sind. Solche Gewalttaten sind eine Schande für unser Land.

Im ersten Artikel unserer Verfassung heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Wer das Leben von Menschen gefährdet, wer Ausländerhaß schürt, wer die gewalttätige Auseinandersetzung zum Mittel seiner Politik macht, der muß die Härte des Rechtsstaats zu spüren bekommen.

Damit dies klar ist: Wir Christlichen Demokraten sind entschieden

gegen jede Form von Extremismus und Radikalismus, ob von rechts oder von links. Wir sind auf keinem Auge blind.

Mit den sechs Millionen Ausländern leben wir bis auf ganz wenige Ausnahmen friedlich und nachbarschaftlich zusammen. Wir vergessen nicht — und wir sagen dies auch —, daß wir, die Deutschen, es selber waren, die diese Menschen ins Land geholt haben, damit sie einen unentbehrlichen Beitrag zu unserem eigenen Wohlstand leisten.

Es ist zutiefst ungerecht, den Bürgern unseres Landes, den Deutschen, egal ob im Osten oder im Westen, pauschal Fremdenfeindlichkeit zu unterstellen.

Deutschland wird auch in Zukunft politisch, rassisch oder religiös Verfolgten selbstverständlich Schutz und Asyl gewähren. Dies war immer unsere Meinung, und dies bleibt unsere Meinung.

Aber, liebe Freunde, wir müssen auch die Ursachen der Wanderungsbewegungen in der Welt bekämpfen. Das zeigt gerade auch die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien. Dazu gehören unser Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Frieden und die Wahrnehmung aller Pflichten, die sich aus unserer Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen ergeben. Es ist gegen die Würde unseres Landes, und es kann auf Dauer für uns nicht erträglich sein, daß wir als Mitglied der Vereinten Nationen zwar die Rechte wahrnehmen, aber, wenn nach den Pflichten gerufen wird, absieht stehen.

Da wir trotz aller Sorgen in einem der reichsten Länder der Welt leben, gehört es ebenfalls zu unserer moralischen Pflicht, unseren Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt zu leisten.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ein Staat, der das Recht nicht

mehr durchsetzt, verliert das Vertrauen seiner Bürger. Für uns Christliche Demokraten sind Freiheit und Sicherheit keine Gegensätze. Deshalb verstehen wir die Sorge unserer Mitbürger über die steigende Kriminalität. Dies gilt sowohl für die sogenannte Alltagskriminalität, Drogendelikte und organisiertes Verbrechen als auch für politisch motivierte Gewalttaten.

Die Zunahme z. B. der Raubdelikte im Westen um rund 30 Prozent ist genauso wenig hinnehmbar wie die ernste Bedrohung unserer inneren Sicherheit durch die Mafia in Europa und in Deutschland. Das Treiben rechtsextremer Mörder, Steinwerfer und Brandstifter steht den Taten linksextremer Terroristen inzwischen in nichts mehr nach.

Liebe Freunde, viel zu lange ist Kriminalität in Teilen der Öffentlichkeit bagatellisiert worden. Wer Rechtsbrechern, wie z.B. Hausbesetzern, mit Sympathie begegnet, trägt dazu bei, das Vertrauen in unseren Rechtsstaat zu untergraben.

Wir alle wissen natürlich — und das will ich betonen —, daß die Androhung von Strafe allein nicht genügt, um Menschen zu rechtmäßigem Handeln zu bewegen. Noch viel wichtiger ist es, jene Institutionen zu stärken, die dem einzelnen Halt und Orientierung geben und an seiner Erziehung zur eigenverantwortlichen Persönlichkeit mitwirken. Die Bedeutung der Familie, der Schulen, der Kirchen, aber auch der Medien — kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Erosion des Rechtsbewußtseins — man muß das so formulieren — in manchen Teilen unserer Gesellschaft hat auch dazu geführt, daß rechtsextremistische und linksex-

tremistische Gewalttäter sich zur Konfrontation mit dem Staat ermutigt fühlen.

Der Rechtsstaat darf nicht aus falsch verstandener Liberalität an der Verfolgung politisch motivierter Terroristen gehindert werden. Durch strenge Anwendung der Gesetze muß dem Recht, das ja dem inneren Frieden dient, der nötige Respekt verschafft werden. Wo das gegenwärtig geltende Recht nicht ausreicht, müssen wir es vernünftigerweise ändern.

Ich will an dieser Stelle ein Wort des Dankes an unsere Polizeibeamten sagen. Ohne unser Vertrauen können sie ihren Dienst nicht leisten.

Wir schulden ihnen Dank, Respekt und Anerkennung. Wir sollten das nicht nur bei Gelegenheit eines Parteitags äußern, sondern auch im Alltag überall dort, wo wir diesen Beamten begegnen.

Liebe Freunde, mit der Öffnung der Grenzen in Europa darf kein Sicherheitsdefizit einhergehen. In Maastricht konnte ich die Schaffung von EUROPOL durchsetzen. Diese neue Organisation der Polizei wird unter deutscher Federführung bis zum Ende dieses Jahres aufgebaut. Ich bin zutiefst davon überzeugt — einige meiner Kollegen im Kreise der EG-Staats- und Regierungschefs noch nicht —, daß EUROPOL zu einer echten übernationalen Europa-Polizei ausgebaut werden muß.

Es steht viel auf dem Spiel. Unsere freiheitliche Demokratie muß eine wehrhafte Demokratie sein. Sie muß fähig sein, sich gegen ihre Feinde kraftvoll zu verteidigen. Das muß das Ziel unserer Politik auf diesem Feld sein.

Liebe Freunde, wir haben Träume verwirklicht, und wir stecken dennoch zugleich, wie jeder sieht, in Schwierigkeiten. Das gilt nicht nur für unsere Politik; das gilt auch für unsere Partei.

Wir sind wieder eine einheitliche große Volkspartei im geeinten Deutschland. Wir bestimmen die Richtung des inneren Zusammenwachsens unseres Vaterlands. Auf uns richten sich mehr als auf andere die Erwartungen der Menschen.

Unsere Partei haben immer ausgezeichnet: klarer Kurs, Standvermögen im Grundsätzlichen, Durchsetzungskraft auch in schwierigen Zeiten. Wir sind seit unserer Gründung stets die Partei gewesen, die neue Herausforderungen beherzt angeht.

Aber es ist auch wahr — und insofern sind wir typisch deutsch —, daß wir auch eine Partei sind, die allzuleicht vom Stimmungshoch ins Stimmungstief fällt. Natürlich trifft es auch uns, wenn die Parteien in ihren Hochburgen und Stammländen an Boden verlieren und wenn traditionelle Bindungen schwächer werden. Der Weg führt für viele heute eben nicht mehr wie in meiner Jugendzeit fast selbstverständlich vom christlichen Jugendverband zur Christlich Demokratischen Union.

Die Individualisierung der Lebensverhältnisse in der Gesellschaft macht vor politischen Einstellungen nicht halt.

Die Lockerung von Bindungen trifft vor allem alle Volksparteien, aber nicht nur sie. Auch die Gewerkschaften, die Kirchen und andere wichtige Institutionen des Landes sind betroffen. Aber von hoher Stelle mitgesungen und von Teilen der Medien verstärkt, erklingt am lauten besonders der Volksparteien. In der ersten Strophe heißt es: Machtgier und Populismus, und in der zweiten wird über mangelnde Führungskraft und selbstherrliches Überhören von Volkes Stimme gesprochen.

Die Parteien und auch wir, die CDU, haben allen Grund, uns

selbst immer wieder zu prüfen, was wir richtig gemacht haben und was nicht. Aber wir haben auch allen Grund, uns gegen eine ungerechtfertigte Kritik oder gar gegen Diffamierungen zu wehren.

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates — ich wage zu sagen: Das war wohl, aus dem Ertrag geschichtlicher Erfahrungen schöpfend, das qualifizierteste Parlament der deutschen Geschichte — haben sich bewußt von der unseligen Tradition der Parteien-Verachtung abgewandt. Sie wußten, daß starke Parteien eine wichtige Voraussetzung für demokratische Stabilität sind.

Die meisten der weit über zwei Millionen Menschen in Deutschland, die einer demokratischen Partei angehören, sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Sie opfern aus Überzeugung Geld und Freizeit im Interesse des Gemeinwohls. Viel zuwenig wird ihnen dafür gedankt. Ich will das bei dieser Gelegenheit nachdrücklich tun.

Insbesondere dann, wenn radikale Parteien am linken und rechten Rand des Spektrums wieder aus ihren Löchern kriechen, gilt es, die Bürger zur Mitarbeit in den demokratischen Parteien zu ermutigen. Denn auch als eine Minderheit können Extremisten demokratische Mehrheitsbildungen blockieren und vernünftige Weichenstellungen für die Zukunft unmöglich machen.

Der Umbruch in unserer Gesellschaft birgt aber nicht nur Risiken. Er bietet auch großartige Chancen, neue Mehrheiten zu gewinnen. Dies erfordert unseren Kampfgeist überall dort, wo wir uns dem Kampf zu stellen haben.

Wir dürfen nicht vergessen: Wir haben die Erfolge der vergangenen Jahrzehnte

nur deshalb erreicht, weil es gelungen ist, unsere Politik in breiten Wählerschichten zu verankern. Der Wandel in unserer Gesellschaft war dabei unser Verbündeter, soweit wir unseren Grundsätzen treu geblieben sind und dem Aufbruch Ziele setzen konnten.

Dazu muß die Partei wach und lebendig bleiben. Auch hier kann die Union mit einigem Recht für sich in Anspruch nehmen: Wir sind dabei weiter als andere. Es ist doch nicht wahr, daß die Diskussion zu diesen Themen neu ist. Sie ist in unserer Partei seit Jahrzehnten zu Hause. Sie wird vor allem auch von denen gestaltet, die dazu berufen sind: den Verantwortlichen in der Partei vor Ort.

Liebe Freunde, organisatorische Veränderungen in der politischen Arbeit der CDU sind wichtig. Es ist wahr: Wenn man in die Partei hineinschaut — jeder weiß dies —, erkennt man: Wir vergeuden zuviel Zeit in der täglichen Praxis und auch zuviel Energie, um uns in Vorständen, Arbeitskreisen und Parteiversammlungen zuviel mit uns selbst zu beschäftigen.

Ich will versuchen, das mit einem Schlagwort, das natürlich angreifbar ist, deutlich zu machen: Wir müssen uns auf den Weg machen von einer Gremien-Partei zur Bürger-Partei.

Wir dürfen uns nicht abschotten von den Sorgen und Nöten der Menschen. Für uns darf es auch kein „die da oben“ und „wir da unten“ geben. Wir können im Land und im Bund auf die Dauer nur stark und erfolgreich sein, wenn wir dies auch in den Städten und Gemeinden sind. Die Bürger sehen uns als Ganzes, und sie haben recht damit.

In den neuen Bundesländern haben wir mehr als 7.000 Mandatsträger und stellen überwiegend die Bürgermeister und Landräte. Dies ist eine große Chance für

uns alle. Aber es ist auch ein Ansporn, in den westlichen Bundesländern die Rathäuser dort, wo wir sie verloren haben, wieder zurückzuerobern.

Wir haben allen Grund, an die notwendige Überprüfung unserer Arbeit mit Selbstbewußtsein heranzugehen. Denn wir sind trotz der vergangenen fast 50 Jahre seit Gründung der Union eine junge Partei. Wir waren auch immer im besten Sinne des Wortes eine moderne Partei.

Die Gründung der Union — Norbert Blüm sprach davon — war ein revolutionärer Vorgang für die politische Landschaft in Deutschland — eine ganz klare und bleibende Absage an die Klassenpartei und an die Klientel-Partei. Die CDU ist als Bürger-Partei entstanden, und sie ist damit groß geworden. Mit ihr ist der Aufbau der Demokratie in den westlichen und jetzt auch in den neuen Bundesländern eng verbunden. Als Bürger-Partei haben wir allen Grund, mit Optimismus und mit Zuversicht in die Zukunft zu schauen.

Weil es immer wichtig ist, Standortbestimmungen selbst vorzunehmen, messe ich der Diskussion um die Fortschreibung des CDU-Grundsatzprogramms große Bedeutung bei. Wir bieten damit den Menschen Antworten auf die großen Fragen der Zukunft an.

Das jetzt geltende Grundsatzprogramm stammt aus der Zeit der deutschen Teilung. Die Wiedervereinigung und die inzwischen erreichten Fortschritte bei der europäischen Einigung haben die Anforderungen an das Grundsatzprogramm wesentlich verändert. Vieles von dem, was wir 1978 noch als Ziel formuliert haben, wurde durchgesetzt und eingeführt. Das Ludwigshafener Programm hat sich bewährt. Es ist eine in seinen Grund-

sätzen auch heute noch gültige Standortbestimmung christlich-demokratischer Politik.

Ich will dies an einem ganz zentralen Punkt verdeutlichen: Für mich bleibt das „C“ Anspruch in erster Linie an uns selbst. Wir gestalten Politik aus unserem christlichen Verständnis vom Menschen — wohl wissend, daß wir nicht immer und zu jeder Zeit diesem hohen Anspruch gerecht werden. Es bleibt dabei: Wir gestalten Politik aus christlicher Verantwortung.

Jeder von uns weiß, wie schwer dies in einem Land zu vermitteln ist, in dem der Prozeß der Säkularisierung tiefe Spuren hinterlassen hat, in einem Land, in dem die Kirchen sich schwertun, ihre Botschaft zu verkünden. Liebe Freunde, der christliche Glaube gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser verbindlichen Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.

Liebe Freunde, seit dem Ludwigshafener Parteitag ist bei uns allen das Bewußtsein für unsere Verantwortung für den Erhalt der Schöpfung gewachsen. Das Ozonloch über der Antarktis, die Veränderung unseres Klimas, die Vernichtung der tropischen Regenwälder rühren an den Lebensnerv aller Völker, auch an den Lebensnerv der Deutschen. Deshalb werden wir hier auch im Programm Veränderungen vorzunehmen haben.

Deshalb trete ich dafür ein, daß die Formulierungen unseres Grundsatzprogramms zum christlichen Menschenbild ergänzt werden durch unser christliches Verständnis von der verantwortlichen Stellung des Menschen in der Schöpfung.

Auch dies muß bei unserem Eintreten für die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit Grundlage und Maßstab sein. Unser Bekenntnis zur Würde des Menschen gilt gleichermaßen am Anfang wie am Ende des Lebens, heute aber auch für künftiges Leben auf unserem Planeten.

Die Besinnung auf unsere Grundsätze und die Diskussion über unser Grundsatzzprogramm werden in den kommenden Jahren unsere Parteiarbeit wesentlich beleben. Wir werden nicht nur innerhalb unserer Partei im Gespräch mit möglichst vielen unserer über 700.000 Mitglieder, sondern auch im Dialog mit möglichst vielen Bürgern außerhalb der Partei beweisen und beweisen müssen, daß unsere Grundsätze und die Grundwerte aktuell, gültig und tragfähig sind. Wir festigen damit gleichzeitig auch die programmatische Grundlage im Hinblick auf das Wahljahr 1994.

Meine Damen und Herren, eine führungs- und konzeptionsstarke Regierung ist unter den gegebenen Verhältnissen in Deutschland nur in einer Koalition möglich. Ich bekenne mich zur gemeinsamen Koalition zwischen CDU und CSU sowie FDP, und ich bin entschlossen, mit Ihrer Unterstützung die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der FDP auch nach der Wahl 1994 fortzusetzen.

Liebe Freunde, wir, die CDU, haben unsere größten Erfolge seit jeher dort erzielt, wo wir dem opportunistischen Zeitgeist widerstanden haben. Auch heute gilt es, ihm zu widerstehen und ihm nicht nachzulaufen.

Wertkonservative Orientierungen haben in unserer Partei ebenso

Platz wie christlich-soziale und freiheitlich-liberale Überzeugungen. Sie stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern sie ergänzen einander zu einer Position der Mitte. Wenn wir einen dieser drei entscheidenden geschichtlichen Traditionsströme aufgeben würden, wären wir nicht mehr die Christlich Demokratische Union Deutschlands.

Von uns, der CDU, der großen deutschen Volkspartei der Mitte, wird zu Recht Orientierung erwartet.

Wir sagen **ja** zur Herstellung der inneren Einheit unseres Vaterlandes, und wir sagen **ja** zu den damit verbundenen Anstrengungen und Notwendigkeiten. Wir sagen **ja** zur Nation, und wir sagen **ja** zu Europa. Wir bleiben fest in unseren Heimatregionen verwurzelt, und wir bleiben in diesem Europa Deutsche, Italiener und Franzosen, aber wir leben im gemeinsamen Europa.

Wir, liebe Freunde, haben gute Chancen, das Wahljahr 1994 mit all seinen Herausforderungen gut zu bestehen. Wir haben auch allen Grund im Blick auf das, was wir leisten durften und leisten konnten, selbstbewußt in die Auseinandersetzungen der beiden vor uns liegenden Jahre zu gehen.

Ich bin fest entschlossen, meine ganze Kraft im Dienste unserer gemeinsamen Sache einzusetzen, mit Ihnen gemeinsam: für unser Vaterland und für das vereinte Europa. Deshalb kandidiere ich erneut zum Bundesvorsitzenden der CDU und bitte Sie, meine Damen und Herren, um Ihr Vertrauen.

(Anhaltender lebhafter Beifall — die Delegierten erheben sich.)

Generalsekretär Peter Hintze:

Wir stellen die Weichen für Europa und die Vollendung der Einheit

Liebe Parteifreunde! Vor sechs Monaten hat mich Helmut Kohl gebeten, die Nachfolge von Volker Rühle im Amt des CDU-Generalsekretärs zu übernehmen.

Lieber Volker Rühle, Du warst Generalsekretär der CDU in der Zeit, als unsere Politik, geführt von Helmut Kohl, die Einheit Deutschlands brachte. Du hast den Ruf der Menschen „Wir sind ein Volk!“ zum Slogan der CDU gemacht. Du hast den schwierigen Prozeß der Erneuerung und Vereinigung unserer CDU vorangebracht. Im Namen aller Delegierten hier in Düsseldorf möchte ich Dir für Deine Arbeit herzlich danken.

Ich füge hinzu: Wir freuen uns auch, wie Du Dein neues Amt führst. In der Art, wie Du die Aufgaben anpackst, haben wir das Gefühl: Hier ist einer, der packt es.

Ich muß den Delegierten etwas gestehen: Ich habe meine Rede an diesem Punkt in der letzten Woche noch umgeschrieben. Bis vor einer Woche stand drin: Er macht das jetzt so behutsam, daß wir ein ganz neues Rühle-Erlebnis haben. Aber dann gab es ein paar europäische Diskussionen, und ich habe den Satz wieder herausgestrichen. Trotzdem alles Gute für Dich.

Dieser Parteitag findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem wir Weichen stellen müssen. Wir müssen den Menschen in Deutschland klar sagen, wohin die Reise geht, welche Geschwindigkeit und auch

welche Kosten zu erwarten sind. Wir dürfen nicht noch einmal zulassen, daß diejenigen, die mit ihren roten Mützen mit Vorliebe im Bremserhäuschen sitzen, damit gegen uns Stimmung machen können, wir hätten uns in der Strecke verschätzt.

Was die Einwendungen in den letzten Tagen angeht, sage ich: Ein klares Wort über notwendige Sparmaßnahmen und auch ein klares Wort über die Abtragung der Erblast durch Steuern lähmt unsere

Bericht des Generalsekretärs Peter Hintze

Wirtschaft nicht. Viel schlimmer wäre eine politische Sprachlosigkeit angesichts der für jedermann erkennbaren Lasten. Ungewißheit führt zum Attentismus, zum Abwarten. Das wäre das größte Hemmnis für Konjunktur, Arbeitsplätze und den weiteren Aufbau der neuen Länder.

Deswegen wollen wir auf diesem Parteitag den Deutschen klar sagen, was Sache ist. Helmut Kohl hat das in seiner Rede überzeugend getan.

Was die Parteienlandschaft im Spätherbst 1992 angeht, möchte ich zwei Entwicklungen ansprechen, die für unsere Strategie von Bedeutung sind. Erstens: Meinungsumfragen, aber auch das jüngste Kommunalwahlergebnis im bayerischen

Passau signalisieren eindeutig, daß wir weiter mit dem Versuch rechtsradikaler Parteien rechnen müssen, sich in der politischen Landschaft festzukrallen.

Eine Analyse, die wir im Konrad-Adenauer-Haus erstellt haben, kommt zu dem Ergebnis, daß dafür nicht allein die ungelöste Asylfrage als Begründung angeführt werden kann. Ende der 80er Jahre kamen ja die REP bei der Europawahl hoch, als das Thema Asyl einen zigfach geringeren Stellenwert auf der Skala der Themen hatte, die den Menschen wichtig sind. Unsere Untersuchung zeigt, daß der eigentliche Grund, rechtsaußen zu wählen, in einer tiefen Verunsicherung über die persönliche Situation im Blick auf die eigene wirtschaftliche und soziale Lage liegt.

Rechtsaußenwähler fühlen sich als Fortschrittverlierer, die mit dem Tempo der Zeit nicht mithalten können. Deshalb reagieren sie besonders aggressiv auf den vermeintlichen Sündenbock, den Asylbewerber, den sie als Konkurrenten empfinden.

Nur ein kleiner Teil dieser Wähler ist rechtsradikal. Die große Mehrheit ist für die demokratischen Parteien rückgewinnbar, wenn wir erfolgreich der Angst dieser Wähler begegnen können, Fortschrittverlierer zu sein.

Eines aber muß klar sein und klar bleiben, und eines sind wir dem „C“ in unserem Parteinamen ganz gewiß schuldig: Jegliche Zusammenarbeit mit rechts- oder linksradikalen Parteien ist und bleibt für uns ausgeschlossen.

Zweitens: Unser direkter politischer Konkurrent, die SPD, befindet sich, jeder kann es beobachten und den Meldungen Tag für Tag entnehmen, in einer für unser Land bedrohlichen Identitätskrise. Das negative Votum der bayerischen SPD vom Samstag in der Asylfrage ist ein

Menetekel für die Politikfähigkeit der Sozialdemokraten. Weite Teile in der SPD erliegen einer Wirklichkeitsverweigerung, die nicht mehr nachvollziehbar ist. Ich fordere hier in Düsseldorf die SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf, unabhängig vom Ausgang des SPD-Parteitags allein ihrem Gewissen verantwortlich zu bleiben und die dringend notwendige Grundgesetzänderung zur Asylfrage gemeinsam mit der Koalition möglich zu machen.

Deutschland kann in dieser drängenden Frage nicht warten, bis die SPD ihre Identität zurückgefunden hat. Wir müssen jetzt handeln.

Churchill hat einmal davon gesprochen, es gäbe keine schlechtere Staatsform als die Demokratie, er kenne aber keine bessere. Ich will das Wort ein wenig wenden. Auch für die CDU gilt: Es ist nichts so gut, als daß es nicht besser werden könnte. Es ist eine Herausforderung für uns, wenn die Partei der Nichtwähler bundesweit immer mehr zunimmt. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir diese Menschen wieder erreichen können. Ich bekomme oft zu hören, wenn ich durch das Land fahre, unsere politische Arbeit würde die Menschen nicht mehr richtig erreichen, alle säßen nur vor dem Fernseher, unsere Möglichkeiten, mit unserer Arbeit politische Zustimmung zu gewinnen, seien nicht mehr da.

All die, die das zur Begründung nehmen, die eigene Arbeit zurückzuschrauben oder einzustellen, möchte ich auf ein neues Gutachten über die Gründe der Wahlenthaltung hinweisen.

Dort steht: Je umkämpfter ein Wahlkreis ist, je mehr es zwischen CDU und SPD Spitz auf Knopf bei der letzten Bundestagswahl stand, desto geringer fiel bei der Bundestagswahl 1990 der Nichtwähleranteil aus, desto niedriger war auch der Rückgang der Wahlbeteiligung gegen-

über 1987. Je weniger umstritten ein Wahlkreis war, also je größer der Abstand zwischen CDU und SPD war, desto stärker nahm der Nichtwähleranteil zu, und desto stärker nahm außerdem die Wahlbeteiligung gegenüber 1987 ab.

Diese nüchternen Daten sagen doch folgendes: Ein Wahlkreis, der umstritten ist, zwingt zu besonderen Aktivitäten. Er zwingt zu neuen Formen der Veranstaltung. Er zwingt zu neuen Formen der Gespräche. Er zwingt zum Kümmern um die Sorgen der Menschen. Überall, wo dies geschieht, wo sich darum bemüht wird, hat es auch einen ablesbaren und abzählbaren Erfolg.

Dies ist es ja, was wir von Bonn aus nicht so konkret leisten können. Es ist das Bemühen um das persönliche Schicksal des Einzelnen, um die Rente, um den Kindergartenplatz und um den Platz im Pflegeheim. Aus dieser Erkenntnis müssen wir Schlüsse für unsere Arbeit ziehen. Wir müssen auf die Menschen zugehen, vor Ort ihre Probleme lösen und ihnen Angebote machen, bei uns mitzuarbeiten.

Ich freue mich, daß in vielen Landesverbänden an solchen Überlegungen gearbeitet wird. Wo die Menschen spüren, daß wir für sie da sind, da kommen sie auch zu uns. So haben wir die Wochen der CDU in den neuen Ländern angelegt, und so führen wir sie im Moment durch.

Ich möchte den westlichen Verbänden hier im Saal sagen, was es heißt, die neuen Landesverbände aufzubauen, und was dahinter an menschlicher Kraft steht. Was sie zu leisten hatten, können wir ermesen, wenn wir bedenken, was es heißt, 227 Kreisverbände zu 87 Kreisgeschäftsstellen zusammenzuführen, 1 700

Mitarbeiter auf wenig unter 200 zurückzuführen sowie Mitglieder des Demokratischen Aufbruchs, der früheren Bauernpartei, alte und neue CDU-Mitglieder zusammenzuführen.

Hinter der CDU liegt eine oft schmerzliche Diskussion über die Aufarbeitung der Vergangenheit. Wir haben diese Diskussion nicht hinter verschlossenen Türen, sondern auf dem Bundesausschuß in Weimar und dem Parteitag in Dresden öffentlich geführt. Diese Diskussion hat Kraft gekostet, aber sie hat uns auch stark gemacht.

Tausende von engagierten Mitgliedern und Politikern der CDU leisten heute vor Ort eine schwere Aufbauarbeit. Stellvertretend für die vielen nenne ich hier unsere Ministerpräsidenten: Berndt Seite, Kurt Biedenkopf, Bernhard Vogel, Werner Münch und Eberhard Diepgen. Sie und die vielen anderen räumen den Schutt der SED-Diktatur weg. Sie machen die Zukunft in den neuen Ländern sicher. Ihnen gilt unser Dank.

Was die SPD anbetrifft, meine Damen und Herren: Wir brauchen uns in dieser Phase der deutschen Einheit nicht ausgerechnet von denen kritisieren zu lassen, die dem SED-Regime Friedensfähigkeit und Wirtschaftskompetenz attestiert haben.

Unsere Zeit ist schnelllebig. Wir vergessen rasch. Aber, wenn es andere nicht tun, müssen wir daran erinnern: Wer noch vor wenigen Jahren mit der SED Absprachen im Blick auf Wahlen treffen und als Gegenleistung das System stabilisieren wollte, ist heute nicht berufen, uns Vorwürfe zu machen.

Es wäre vielmehr ein Beitrag zur politischen Kultur in Deutschland, wenn Manfred Stolpe endlich Konsequenzen aus

seinem Umgang mit der Stasi zöge, damit sich nicht weiterhin offizielle und inoffizielle Mitarbeiter dieser üblen Behörde hinter ihm verstecken können.

Es ist für alle Menschen in den neuen Ländern bitter, zu erleben, wie der einfache Bürger für seine eigenen Kompromisse von gestern heute geradestehen muß, während das alles Manfred Stolpe ungerührt läßt.

Noch ein Wort zu einem anderen Tarnversuch, der den schönen Namen „Gerechtigkeitskomitee“ trägt. Es ist doch der größte Hohn der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß die Wölfe von gestern heute im Schafspelz daherkommen und sich als Hüter der Gerechtigkeit in Deutschland aufführen.

Liebe Freunde, wir übersehen nicht, daß es Schwierigkeiten gibt. Die Entwicklung in den neuen Bundesländern geht langsamer voran, als wir gedacht haben.

Die Umgestaltung von der sozialistischen Zwangswirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft baut zur Zeit noch mehr Arbeitsplätze ab, als neue geschaffen werden. Durch Arbeitslosigkeit sind viele Menschen verunsichert, und sie sind enttäuscht. Das alles verstehe ich, und ich nehme diese Entwicklung sehr ernst. Aber wenn ich draußen in Schwerin oder in Leipzig oder in Wittenberg gefragt werde, ob es zu schaffen ist, dann sage ich: Wir, die Bundesregierung, die Landesregierungen und die CDU, wir schaffen es gemeinsam. Dafür stehen wir, dafür steht Helmut Kohl.

Am 1. Oktober war Helmut Kohl zehn Jahre Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. In der Feierstunde habe ich gesagt — und ich wiederhole es heute vor dem Parteitag —: Das sind zehn gute Jahre für Deutschland. — Ich füge hinzu: Von diesem Guten wollen wir mehr!

Wir stehen jetzt vor der Bewältigung unserer größten Aufgabe: Die deutsche Einheit ist politisch hergestellt, aber noch nicht menschlich gemeistert. Wahr ist aber auch: Wäre es nach der SPD gegangen, würden wir wahrscheinlich heute noch darüber diskutieren, ob wir denn die politische Einheit überhaupt wollen.

Bei allen kleinen und großen Sorgen darf das Wichtigste nicht aus dem Blick geraten: die Überwindung der unmenschlichen Teilung mit Mauer und Stacheldraht, das Ende der alten militärischen Bedrohung, die wir im Gegensatz zu anderen nie verdrängt haben, die Erringung der Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie für die Bürger in den neuen Bundesländern.

Die große Anteilnahme der Westdeutschen an der Freiheitsbewegung in der damaligen DDR im Herbst 1989 bleibt eine wichtige Grundlage für die heute notwendige Solidarität. Wir sollten diesen Ausgangspunkt der deutschen Einheit nie vergessen: die Montagsdemonstrationen, die Kerzen in den Kirchen, die Hoffnungen und Befürchtungen in den Gesichtern der Menschen, als die Angst vor der Diktatur langsam wich. Für uns in der CDU waren es nicht nur einige Wochen und Monate der Freude, sondern der Ausgangspunkt für die Gestaltung der Einheit. Wir dürfen uns heute durch Stimmungen der Ermüdung und Überforderung von der grundlegenden Gestaltungsaufgabe nicht abbringen lassen.

Es geht dabei um die gemeinsamen Interessen aller Deutschen. Ich sage selbstkritisch zu uns, weil wir dies vielleicht nicht immer deutlich gemacht haben und es auch uns selbst vielleicht nicht immer deutlich gemacht haben: Es handelt sich bei dem, was wir jetzt angehen, nicht nur

um Hilfe für die neuen Bundesländer, die wir im Westen unseres Landes in größerem oder kleinerem Umfang nach den jeweiligen Stimmungen gewähren könnten.

Durch die deutsche Einheit sitzen wir alle in einem Boot, und wenn das Boot an der Ostseite leckt, bedroht das Leck das ganze Schiff. Der erfolgreiche Aufbau der neuen Bundesländer ist deshalb ein gemeinsames Interesse aller Deutschen.

Wahr ist auch: An den Anfang der Lösung gehört die Einsicht, daß wir in Deutschland zur Zeit über unsere Verhältnisse leben. Wir müssen mehr sparen, Prioritäten neu setzen und den Bürgerinnen und Bürgern auch ein Stück Konsumverzicht abverlangen.

In Schweden haben sich vor einigen Wochen die Regierung und die sozialdemokratische Opposition zusammengesetzt, um ein Paket zu schnüren, mit dem das soziale Netz dauerhaft gesichert werden kann. Sie haben u. a. vereinbart, das Ruhestandsalter auf 66 Jahre anzuheben. Sie haben einen Karenztag bei Krankheit eingeführt; am zweiten Tag gibt es 65 und am dritten Tag 80 Prozent des Gehalts. Vom Jahresurlaub würden zwei Tage gestrichen. Die SPD hat uns Schweden immer als Vorbild vorgehalten. Es wäre schön, wenn sie jetzt einmal selbst diesem Beispiel folgen würde.

Nun will ich nicht sagen, daß wir es in allen Details genau so machen müssen, aber was ich sagen will, ist, daß wir vor einer ähnlichen Aufgabe stehen. Wir müssen Vorrang für die Eigeninitiative schaffen; sie muß gefördert werden. Wir müssen Überversorgungen abbauen und dafür den Vorrang für Familien mit Kindern ausbauen. Wir müssen bürokratische Schranken beseitigen, so wie es die Bundesregierung zur Zeit in bezug auf

die neuen Bundesländer tut. Wir müssen zu einer Lohnentwicklung kommen, die unsere Volkswirtschaft stärkt.

Am 29. Juni 1990 formulierte der österreichische Verfassungsgerichtshof folgenden Leitsatz:

Eine Norm ist verfassungswidrig, wenn sie überhaupt nur mit subtiler Sachkenntnis, außerordentlichen methodischen Fähigkeiten und einer gewissen Lust zum Lösen von Denksportaufgaben verstanden werden kann.

Ich denke, dies ist ein Satz, der auch bei uns in Deutschland Gültigkeit haben sollte. Vielleicht können wir ja die deutsche Einheit auch als Chance zur Gesetzes- und Verwaltungsvereinfachung in diesem Sinne nutzen.

Dies ist nicht nur ein humorvoller Aspekt. Ich glaube, dies ist auch ein generelles Problem. Hier stellt sich noch einmal die Frage nach der Staatsverdrossenheit. Wer nichts versteht, bekommt Angst.

Morgen werden wir uns einen Tag lang mit Europa befassen. Auch hier stellt sich die Frage nach der Verstehbarkeit dessen, was wir mit Europa wollen. Auch hier gibt es Ängste, die wir ernst nehmen müssen. Hier hilft nur gründliche Information. Das ist die beste Überzeugungsarbeit. Dem soll unsere Diskussion morgen dienen, und dem soll auch unsere Europaaktion in der Partei dienen. Dabei müssen wir deutlich machen:

Wenn wir auf die Europäische Union zugehen, geben wir damit nicht unsere nationale Identität auf, sondern wir beschreiten dadurch den einzigen Weg zu ihrer dauerhaften Sicherung. Ob es um unsere Wirtschaft geht oder um die Umwelt, um die Wanderungsbewegungen oder Asyl, im nationalen Alleingang sind diese Probleme auf

Dauer nicht mehr zu lösen. Das müssen wir den Menschen erklären.

Die bösen Auswirkungen von nationalistischen Umtrieben erleben wir ja leider täglich über die Berichterstattung der Medien zum Thema Gewalt gegen Ausländer bei uns. Diese Gewalt und der damit zusammenhängende Haß auf Asylbewerber, jeder einzelne Angriff beschämten uns. Wir müssen alles tun, damit dieser Spuk bald ein Ende hat.

Ich sage — gerade nach der Erringung der Freiheit für ganz Deutschland — auch dies: Wir werden nicht zulassen, daß der radikale Pöbel — egal, ob von rechts oder von links — die Freiheit und die Menschenwürde in unserem Land weiter beschmutzt.

Nun haben sich Günter Grass, Rolf Hochhuth und andere Denker unserer Zeit gegen eine Änderung des Asylrechts ausgesprochen.

Ich lasse einmal die Frage offen, woher etwa Rolf Hochhuth — denken Sie an seine literarische Aufarbeitung, um nicht zu sagen, seine Entgleisungen im Zusammenhang mit dem schlimmen Rohwedder-Mord — die moralische Legitimation nimmt, dem Deutschen Bundestag Ratschläge zu erteilen.

Aber ich möchte die Unterstellung des sogenannten „Hamburger Manifests“, wir würden mit unserem Vorschlag zur Grundgesetzänderung dem rechten Mob weichen, nicht unbeantwortet lassen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus:

Die CDU hat lange vor den ersten Ausschreitungen eine Korrektur des Grundgesetzes um der Sache willen verlangt, aber die politische Linke hat sich einer solchen Änderung beharrlich widersetzt.

Auch hier ist es wichtig — der Kanzler hat schon zum Thema „Geschichtsschreibung“ gesprochen —, daß uns die Histo-

rie nicht in kürzester Zeit verfälscht wird, wie wir es so oft erlebt haben.

Wer langfristig das Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland retten will, muß es für diejenigen reservieren, die politisch verfolgt sind. Wolfgang Schäuble wird gleich dazu sprechen. Die Koalition hat Vorschläge gemacht. Unser Dank gilt unserem Fraktionsvorsitzenden, der die wahrlich nicht einfachen Verhandlungen mit unserem liberalen Koalitionspartner zu einem so überzeugenden Abschluß gebracht hat.

Die Sozialdemokraten finden seit Monaten keine Linie. Björn Engholm will, kann zur Zeit aber nicht. Jeder sagt etwas anderes. Ich sage den Sozialdemokraten: Wer so mit den Sorgen der Menschen umgeht, treibt sie in die Hände der rechten Rattenfänger.

Denn eines ist sicher: Lösen wir das Problem als Demokraten nicht gemeinsam, so werden wir und die Demokratie gemeinsam noch lange darunter zu leiden haben.

Aber ich bin auch der Meinung, daß wir uns dem Problem der Gewalt grundsätzlich stellen müssen. Wir müssen fragen, welchen Beitrag die Familie zur Erziehung der Kinder leisten kann und leisten muß. Wir müssen nach dem Beitrag der Schule fragen, und wir müssen uns überlegen, ob Gewalt in den elektronischen Medien einen so breiten Raum einnehmen darf, wie es zur Zeit geschieht. Über 1 000 gesendete Bluttaten pro Fernsehwoche hat eine Auszählung aller über Kabel empfangbaren Fernsehprogramme ergeben, ein großer Teil davon im Vorabendprogramm. Ich fordere — ich hoffe, in Ihrer aller Namen — die Mitglieder der CDU, die in verantwortlichen Positionen in den Aufsichtsgremien sitzen, auf, sich hier massiv und kompromißlos für eine Änderung einzusetzen. Damit bin ich beim Stichwort „Werte-

wandel“; das gehört in diesen Zusammenhang. Ein wenig führt das Wort Werte-Wandel in die Irre; denn es wandeln sich ja nicht die Werte, sondern die Einstellung der Menschen zu ihnen. Das wird da kritisch, wo das Gemeinwohl zugunsten des Egoismus auf der Strecke bleibt. Dem zu begegnen, ist auch eine politische Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Andere tun es nicht; dann müssen wir es tun. Wir müssen wieder Werte wie Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein, Opferbereitschaft, Toleranz und Dienst am Nächsten einfordern.

Die Arbeit eines Vaters oder einer Mutter, die ihre Kinder erziehen, oder des Sohnes, der seinen kranken Vater pflegt, die persönliche Hilfe für den Nachbarn, kommt darin nicht etwas ganz Wertvolles zum Ausdruck? Und müssen wir das nicht auch öfter sagen?

Eine Gesellschaft, die nicht durch solche sozialen Tugenden geprägt ist, verliert ihre Mitte. Das ist der eigentlich drohende Verlust der Mitte, nicht die von der politischen Linken behauptete Verschiebung nach rechts.

Die CDU muß sich auf das besinnen, was sie ausmacht. Unsere Politik ist dort stark, wo sie etwas von dem „C“ spüren läßt, wo sie etwas von der menschenfreundlichen Kraft ausstrahlt, die den christlichen Glauben auszeichnet.

Da liegt unsere Stärke, und ich fand es großartig, wie ein rheinischer Gottesmann wie Stadtdechant Terboven dies heute morgen in unserem Gottesdienst auf so ermutigende Weise klargemacht hat.

Liebe Freunde, auf diesem Parteitag kandidiere ich auf Vorschlag von Helmut Kohl für das Amt des Generalsekretärs. Ich komme aus der kirchlichen Jugendarbeit und bin 1968 in die CDU eingetreten. Das war zur Zeit der marxistischen

Protestbewegung an unseren Hochschulen, wo rote Fahnen den Campus beherrschten, als sich die marxistische Protestbewegung zum Marsch durch die Institutionen aufmachte. Im RCDS habe ich die Auseinandersetzung für unsere Sache geführt, im Satzungskonvent der Bonner Universität, aber auch an vielen anderen Hochschulen im ganzen Lande. 1977 bin ich nach meinem Studium der Evangelischen Theologie Vikar in Königswinter geworden, zwei Jahre später Pastor, im Jahr darauf Pfarrer. 1983 wurde ich mit einer Aufgabe betraut, die damals Gegenstand massiver öffentlicher Auseinandersetzung war: Als Bundesbeauftragter habe ich die Reform des Zivildienstes umgesetzt.

Mit dem Evangelischen Arbeitskreis habe ich 1990 im Kongreßzentrum am Alexanderplatz im Osten Berlins das erste Deutschlandforum zum Thema „Gerechtigkeit in Deutschland“ durchgeführt. Veranstaltungen zum Frieden und zur Bewahrung der Schöpfung, den anderen Themen des konziliaren Prozesses, folgten.

Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl wurde ich Mitglied des Deutschen Bundestages. Der Bundeskanzler berief mich zum Parlamentarischen Staatssekretär in Angela Merkels Ministerium für Frauen und Jugend. Gleichberechtigungspolitik und Politik für die Jugend sind Aufgaben, die mir auch heute wichtig sind.

Dieser Parteitag findet zu einem Zeitpunkt statt, wo wir Weichen stellen müssen: für unseren Weg nach Europa, für die Vollendung der inneren Einheit in Deutschland.

Wir stehen vor der sinnvollsten Aufgabe, die deutscher Politik in diesem Jahrzehnt gestellt ist. Daran möchte ich mitarbeiten mit Helmut Kohl, für unsere CDU. Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Anhaltender Beifall)

Wolfgang Schäuble:

Sicherheit für Deutschland in einer Welt tiefgreifender Veränderungen

Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir leben heute – zwei Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung und drei Jahre nach dem Umbruch im Osten Europas – in einer Zeit schneller, großer Veränderungen. Vieles, was uns in Jahrzehnten selbstverständlich geworden war, besteht nicht mehr, und neue Widersprüche tun sich auf. Der Eiserne Vorhang teilt Europa nicht mehr, und jetzt herrscht mitten in Europa Krieg.

Die Menschen ahnen, daß wir uns von den Problemen dieser Erde nicht abschotten können, nicht von den weltweiten Wanderungsbewegungen, nicht von dem Elend der Menschen in der südlichen Hemisphäre, nicht von den globalen Umweltproblemen.

Solche Veränderungen schaffen Unsicherheit, Ängste. Das wird verstärkt, weil wir im Westen nach 40 Jahren steigenden Wohlstands eher zu Besitzstandsdenken und Beharrung als zu Veränderungsbebereitschaft und Flexibilität neigen, auch weil wir im Osten nach 60 Jahren totalitärer Unterdrückung – ob brauner oder roter Provenienz – Freiheit, Eigenverantwortung, Engagement erstmals erfahren und teilweise lernen müssen, wobei auf unsere Landsleute in den jungen Bundesländern ein Maß an Veränderungen

zukommt, das man sich im Westen kaum vorstellen kann.

Und vorbereitet ist man darauf nicht nach Jahrzehnten sozialistischem Zentralismus und Bürokratismus, wo sich wenig bewegte. So gering die Hoffnung war, so gering war auch die Unsicherheit, während heute alles offen scheint, so daß Wechselbäder zwischen Hoffnung und Enttäuschung die zwangsläufige Folge sind.

Im Westen haben wir – der Bundeskanzler hat davon gesprochen – Verteilungskonflikte bisher aus dem Zuwachs gelöst, und jetzt müssen wir lernen, zu teilen, aus dem Bestand, durch Umschichtung neu zu gestalten. Zeiten langanhaltenden

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU- Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble

wachsenden Wohlstands und wachsender sozialer Sicherheit fördern den inneren Zusammenhalt freiheitlicher Gesellschaften nicht notwendig. Neid ist eher eine Wohlstandsfrucht als Solidarität. Und mit dem Wegfall der in den Jahrzehnten des Ost-West-Konfliktes klar definierten äußeren Bedrohung müssen wir auch die gemeinschaftstiftenden Grundlagen unserer Freiheitsordnung überzeugender definieren.

Andernfalls fördern Widerstände gegen jede Veränderung und Unsi-



Wolfgang Schäuble: Wir haben nicht für alles eine Patentlösung, und wir können keine Wunder vollbringen. Aber wir kennen den einschlagenden Weg, und wir lassen uns über die erreichbaren Ziele nicht irre machen.

cherheiten die Sehnsucht nach scheinbar einfachen Antworten, Antworten, die aber in unserer komplizierten Welt immer in die Irre führen.

Nur in der Mitte liegen für die freiheitliche Demokratie Stabilität und Sicherheit. Und diese Mitte scheint nicht nur bei Wahlen in Deutschland, sondern in fast allen europäischen Ländern schwächer zu werden. Hier, liebe Freunde, liegt die Integrationsaufgabe der großen Volkspartei CDU. Und hier liegt auch die tägliche Bewährungsprobe der gemeinsamen Bundestagsfraktion von CDU und CSU.

Jede Veränderung schafft in unserer von Besitzstandsdenken aller Gruppen geprägten Mediendemokratie zunächst mehr Widerstände und Kritik als Zustimmung, so daß es unter dem Gesichtspunkt der kurzfristigen politischen Zustimmung meistens besser wäre, nichts zu tun.

Zehn Jahre Regierung Helmut Kohl sind, wie wir wissen, zehn Jahre unbestreitbar erfolgreichen Handelns gewesen. Aber es

waren eben auch zehn Jahre ständiger, mühsamer, oft quälender politischer Auseinandersetzungen, wo am Ende der Erfolg oft schon zerredet, bis die Sache erfolgreich zustande gebracht war — von der Einführung schadstoffarmer Autos oder der Berücksichtigung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung der Frauen bis zur Gesundheitsreform. Aber die Alternative zu solchen Auseinandersetzungen, die wir ertragen müssen, wäre immer Nichtstun gewesen. Und das wäre die schlechtere Alternative gewesen.

Die 318 Mitglieder der großen Regierungsfraktion von CDU und CSU müssen diesen Zwiespalt zwischen gestalten-der Politik und kurzfristigen Stimmungsschwankungen mehr als andere aushalten. Wir sind im Alltag mit dem Zusammenwachsen von Ost und West nach über 40 Jahren Teilung und ganz unterschiedlichen Lebenserfahrungen stärker beschäftigt, und wir kommen dabei gut voran. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit einmal bedanken für die große Bereitschaft meiner Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion, aufeinander zuzugehen, aufeinander zu hören, gemeinsame Lösungen zustande zu bringen: zwischen Ost und West, zwischen

CDU und CSU, zwischen den vielfältigen sozialen Gruppierungen.

Viele machen sich bei ihrer oberflächlichen Kritik an „denen in Bonn“ kein Bild von den Arbeits- und politischen Belastungen der Abgeordneten in Zeiten solchen Umbruchs, und für unsere Freunde aus den jungen Bundesländern gilt das gewiß in ganz besonderer Weise.

Wir haben bei der Gesetzgebung zum Schutze ungeborenen Lebens, in einer Frage, liebe Freunde, in der die Union nicht ein größeres Maß an Geschlossenheit leisten konnte, als die Wirklichkeit in unseren beiden Kirchen, mit der ganz großen Mehrheit der Fraktion gegen die Fristenregelung gestimmt, für eine Konzeption, die den Schutz ungeborenen Lebens und die Konfliktlage der Frauen menschenwürdig löst. Wir haben miteinander ertragen, daß wir nicht alle zu einem gemeinsamen Abstimmungsverhalten kamen.

Aber wir haben miteinander genauso getragen, daß die große Mehrheit der Fraktion den Weg nach Karlsruhe beschritten hat, weil es in der Frage des Schutzes von Leben verfassungsrechtliche Zweifel nicht geben darf.

Integration in einer auseinanderstrebenden gesellschaftlichen Wirklichkeit, Führung in einer Zeit von Veränderungen und Ungewißheiten heißt Prioritäten setzen, heißt Erwartungshorizonte realistisch definieren und Handlungszwänge ehrlich aussprechen, heißt Werte vermitteln und Überzeugungen durchsetzen, statt der Versuchung zu erliegen, immer nur kurzfristigen Stimmungsschwankungen nachzulaufen.

Für uns ist klar, daß erste und vorrangige Aufgabe unserer Politik bleiben muß, die deutsche Einheit zu vollenden. Wir sind die Partei der Einheit, wir haben am Ziel der Wiedervereinigung festgehalten, als

andere, die politische und intellektuelle Linke, das längst aufgegeben hatten.

Wir brauchen dazu die gemeinsame Anstrengung aller Verantwortlichen. Im Bundesstaat trägt der Bund nicht alleine Verantwortung, sondern genauso Länder und Gemeinden, und in der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht nur der Staat, sondern sind mindestens genauso Tarif- und Sozialpartner für Wachstum und Beschäftigung verantwortlich.

Wir brauchen einen Solidarpakt für Deutschland. Wir sind dankbar, daß Helmut Kohl unseren Vorschlag aufgegriffen hat. Jetzt müssen alle Beteiligten rasch an einen Tisch.

Die Diskussion über Finanzierungslasten und -instrumente muß geführt, aber auch zur Entscheidung gebracht und damit beendet werden. Der Aufbau im Osten muß Vorrang vor dem weiteren Ausbau im Westen haben, und zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muß die Notwendigkeit zu Einsparungen und Umschichtungen angemessen verteilt und gemeinsam getragen werden. Das ist der Sinn der von Theo Waigel vorgeschlagenen föderalen Konsolidierungsstrategie.

Nur so können wir die wirtschaftlichen Folgen von über 40 Jahren Sozialismus bald überwinden. Liebe Freunde, wenn wir in diesem Jahr für die neuen Bundesländer auf ein reales Wachstum von 3 Prozent statt der angestrebten 8 Prozent kommen, dann beschreibt das die Dringlichkeit der Aufgabe.

Das alles vollzieht sich in einer Zeit, in der das konjunkturelle Klima nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Weltwirtschaft deutlich abgekühlt ist. Ich frage mich manchmal, ob die Weltwirtschaft schon den Umstellungsprozeß gemeistert hat, der nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in einer Verringerung des Anteils der Rüstungsindustrie liegt.

Die Umleitung dieser Ressourcen in mehr Mitteleinsatz gegen Umweltprobleme und für die Entwicklung der Notstandsgebiete dieser Erde muß jedenfalls erst noch gelingen. Aber unmöglich kann sie nach den Regeln des gesunden Menschenverstandes eigentlich nicht sein.

Zusätzlich zu den weltwirtschaftlichen Problemen ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in wichtigen Schlüsselindustrien — ich nenne nur die Automobilindustrie und den Werkzeugmaschinenbau — vor ganz neue Herausforderungen und Belastungen gestellt. Deshalb müssen wir aufpassen, daß wir nicht über unsere Verhältnisse leben. Helmut Kohl hat das Notwendige dazu heute vormittag gesagt. Ich brauche das nicht zu wiederholen.

Jedenfalls müssen wir die Entscheidungen über den Haushalt 1993, über zusätzliche Mittel für den Aufbau in den jungen Bundesländern, über deren finanzielle Ausstattung über 1993 hinaus und ihre Einbeziehung in den Bund/Länder-Finanzausgleich ab 1995 sowie über die finanzielle Bewältigung der Altlasten des sozialistischen Systems bündeln und die Tarif- und Sozialpartner in die gemeinsame Verantwortung einbeziehen.

Einsparungen in einer Größenordnung, wie wir sie im Westen, liebe Freunde, nicht mehr gewöhnt sind, werden dabei unausweichlich. Diese Anstrengungen dürfen auch nicht durch die Einsicht geschwächt werden, daß am Ende auch zusätzliche Einnahmen unvermeidlich sein werden. Je schneller die Entscheidungen getroffen werden, um so schneller beenden wir die politische Unsicherheit, die schließlich auch Gift für die Konjunktur ist.

Auch die Bewältigung der politischen Lasten der Vergangenheit ist unsere

gemeinsame Aufgabe. Die Teilung war gemeinsames deutsches Schicksal, und deshalb ist auch die Vergangenheit unser gemeinsames Erbe. Wir brauchen bei der Aufarbeitung dieser Vergangenheit mehr Ehrlichkeit und mehr historische Wahrhaftigkeit. Ich sage dies vor allem an die Adresse der Sozialdemokraten. Die drei SPD-Ministerpräsidenten Lafontaine, Rau und Engholm sind uns bis heute eine Antwort schuldig zu ihrer Kumpanei mit Honeckers SED, mit der sie ihre Wahlchancen bei freien Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland verbessern wollten.

Aber keine Antwort ist schließlich auch eine Antwort. Nur, liebe Freunde, der Skandal, daß Sozialdemokraten bei Honecker um Wahlhilfe buhlten, darf nicht auf sich beruhen bleiben.

Man muß bei der Diskussion über die Vergangenheit in 40 Jahren totalitären Sozialismus immer wieder vor Selbstgerechtigkeit warnen, und ich denke, man muß zur behutsamen Differenzierung fähig bleiben. Aber die Maßstäbe sollten für alle die gleichen sein, wenn Wahrhaftigkeit eine Chance haben soll. Und die Maßstäbe sind eben nicht die gleichen. Wenn Herr Stolpe — übrigens auch Herr Lafontaine — Mitglieder der CDU und nicht der SPD wären, dann wären sie jedenfalls längst nicht mehr Ministerpräsidenten.

Ungleiche Maßstäbe sind Instrumente für Geschichtsfälschung, die viele auf der politischen Linken gerne betreiben. Wir müssen uns dagegen zur Wehr setzen. Deshalb ist die Enquete-Kommission, die der Deutsche Bundestag zur Aufarbeitung der Vergangenheit in der DDR eingesetzt hat, so wichtig, und deshalb möchte ich Rainer Eppelmann, Dorothee Wilms und allen Kolleginnen und Kollegen, die diese schwierige und verantwort-

tungsvolle Arbeit leisten, von dieser Stelle aus einmal herzlich danken.

In einer Welt des Wandels, liebe Freunde, in einer Welt tiefgreifender Veränderungen brauchen wir Sicherheit für Deutschland. Es war eine Illusion zu glauben, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts werde in Europa der ewige Frieden ausbrechen.

Die schrecklichen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien, auch die gewalttätige Eskalation in den Auseinandersetzungen zwischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, belehren uns eines Besseren. Vor unser aller Augen wird mitten in Europa, ein paar hundert Kilometer von uns hier in Düsseldorf entfernt, ein entsetzlicher Krieg geführt, ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung, gegen Frauen, Kinder und alte Menschen.

Bis heute ist Europa nicht imstande, einen solchen Krieg in unserer unmittelbaren Nachbarschaft zu verhindern oder zu beenden. Dabei kann es nicht bleiben.

Wir müssen in Europa unsere Kräfte bündeln, um Frieden zu sichern und Krieg zu verhindern. Die Europäische Gemeinschaft muß dringend zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik finden.

Friedenssicherung muß deshalb auch in Zukunft für uns oberste Priorität haben. Frieden und Freiheit wird es auch in Zukunft nicht zum Nulltarif geben. Frieden und Freiheit werden wir auch in Zukunft nicht allein auf uns selbst gestellt erhalten können. Das wird uns nur gemeinsam mit unseren Nachbarn und Verbündeten in Europa und jenseits des Atlantik, in Amerika, gelingen. Deshalb heißt Friedenssicherung vor allem Bündnisfähigkeit. Wir müssen berechenbare und verlässliche Partner bleiben, in der

politischen Zusammenarbeit wie in der Rüstungskooperation. Die Bundeswehr muß ihren vollen Beitrag zu friedenserhaltenden und friedenschaffenden Maßnahmen der Vereinten Nationen, der NATO, auch eines europäischen Streitkräfteverbundes leisten.

Da bleibt noch viel Arbeit, und dazu brauchen wir eine verfassungspolitische Klarstellung, die wir durch eine Grundgesetzänderung, notfalls auch durch eine Entscheidung in Karlsruhe erreichen können. Aber jedenfalls können wir die notwendigen sicherheitspolitischen Entscheidungen nicht auf die lange Bank schieben, so wie uns dies die SPD ansinnen möchte. Sicherheitspolitik ist Vorsorge. Der Ernstfall, liebe Freunde, könnte schneller eintreten, als wir uns dies heute vorzustellen vermögen.

Ein internationales Gewaltmonopol der Vereinten Nationen ist ein schöner Traum. Aber wir können unsere Sicherheit eben nicht von Träumen und Utopien abhängig machen, sondern wir müssen hier und heute verantwortungsbewußt handeln.

Das ist für mich der entscheidende Grund, warum wir auf die europäische Einigung existentiell angewiesen sind. Gerade nach der deutschen Einheit und nach dem Ende der Ost-West-Teilung ist die Einigung Europas unser Auftrag und unser Schicksal. Unser Bundeskanzler Helmut Kohl hat das klarer als jeder anderer erkannt. Wie kein zweiter arbeitet er daran, dies durchzusetzen. Er verdient unseren Dank, und wir unterstützen ihn dabei.

Der Maastricht-Vertrag soll noch in diesem Jahr ratifiziert werden. Nicht, daß Maastricht schon alle Probleme löst. Neben der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik brauchen wir eine demokratische Ausgestaltung der Euro-

päischen Union — also mehr Rechte für das Europäische Parlament —, und ich denke, wir brauchen eine Verfassung für Europa, die die Zuständigkeiten zwischen Gemeinschaftsebene, Nationalstaat und Regionen klar regelt, weil ohne eine solche Verfassung am Ende das in Maastricht verankerte Subsidiaritätsprinzip eine papierene Worthülse bleiben könnte.

Eine Europäische Gemeinschaft, die die Sitzfläche für landwirtschaftliche Zugmaschinen detailliert regelt und dazu dicke Richtlinienbände produziert, die aber den Krieg in Jugoslawien nicht verhindern, den Frieden in Europa nicht sichern kann, würde die Menschen auf Dauer nicht begeistern.

Und deshalb muß der europäische Prozeß wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Ich habe davon gesprochen, liebe Freunde, daß Grenzen nicht mehr so sehr teilen und nicht mehr von den Problemen dieser einen Erde abschotten können. Das wird sichtbar auch in den weltweiten Wanderungs- und Flüchtlingsströmen, vor denen der Club of Rome in seinem Bericht 1991 gewarnt hat, daß sie zu einer Gefahr für die Stabilität der demokratischen Staaten Europas und Nordamerikas werden könnten.

In diesem Jahr kommen 450.000 Asylbewerber nach Deutschland; das sind mehr als zwei Drittel aller Flüchtlinge in der Europäischen Gemeinschaft insgesamt. Städte und Gemeinden sind mit der Unterbringung zunehmend überfordert. Unser Grundgesetz wird in der Verfassungswirklichkeit so ausgelegt, daß jeder Mensch auf dieser Erde für die bloße Behauptung, politisch verfolgt zu sein — und sei sie noch so offensichtlich unbegründet —, ein vorläufiges Aufenthaltsrecht in Deutschland mit entsprechenden

Sozialhilfeansprüchen erhält. Das geht so nicht weiter.

Wir wollen auch in Zukunft wirklich Verfolgten Schutz und Zuflucht gewähren — wie alle zivilisierten Länder auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention, die ja auch einen persönlichen Schutzanspruch vorsieht. Aber den Mißbrauch unseres Asylrechts müssen wir beenden.

Denn nur so werden wir fähig, den Schlepperbanden, diesen organisierten Menschenhändlern, die Grundlage ihres Geschäftes zu nehmen, Zuwanderung zu steuern und Milliardenbeträge nicht mehr für die einstweilige Unterbringung von Menschen, die doch nicht auf Dauer hier bleiben können, aufzuwenden, sondern für die Hilfe in den armen Herkunftsländern selbst, wo mit demselben Geld viel mehr Menschen geholfen werden kann als hier bei uns.

Ich habe in diesem Sinne auch angeregt, die Flucht- und Katastrophenhilfe durch gemeinnützige Organisationen — vom Roten Kreuz bis zum Komitee Cap Anamur — und durch staatliche Stellen — vom Auswärtigen Dienst über die Entwicklungshilfe bis zur Bundeswehr und dem Technischen Hilfswerk — zu verstärken. Denn Bekämpfung der Ursachen der Wanderungsbewegungen durch Hilfe in den armen Regionen Europas, Afrikas und Asiens statt Mißbrauch des Asylrechts: das ist unsere Politik — und dazu brauchen wir eine Änderung unseres Grundgesetzes, die uns insoweit überhaupt erst wieder politikfähig macht. Liebe Freunde, das ist die Verantwortung der Sozialdemokraten, ohne deren Stimmen wir das Grundgesetz nicht ändern können.

Ich bin froh, daß wir nun in der Koalition — endlich — einig sind, denn ohne

eine gemeinsame Position der Koalition sind wir überhaupt nicht handlungsfähig. Aber jetzt, da wir einig sind, haben die Sozialdemokraten überhaupt keine Ausrede mehr. Sie mögen auf ihrem Parteitag entscheiden — innerparteilicher Diskussion und Willensbildung gebührt jeder Respekt —, aber kein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter kann sich seiner Verantwortung entziehen. Wir alle sind Abgeordnete des gesamten Volkes, nur unserem Gewissen verpflichtet und an Weisungen nicht gebunden. Und dieses Privileg ist eben auch eine Verpflichtung.

Niemand kann sich hinter einem Parteitagsbeschluß verstecken. Noch in diesem Jahr muß gehandelt werden, wobei klar ist, daß die Verwaltungen von Bund und Ländern nach einer Grundgesetzänderung dann auch wirklich abschieben müssen. Nicht, daß am Ende etwas geschieht und doch nichts passiert!

Auch die Sozialhilfeleistungen für Asylbewerber sollen abgesenkt werden. Sozialhilfe dient auch der Integration in unsere Gesellschaft. Ein Asylbewerber aber, solange nicht feststeht, daß er hier bleiben kann, muß um der Vorläufigkeit seines Aufenthaltsstatus willen gerade nicht Integrationsleistungen beziehen. Nur, liebe Freunde, Streit zwischen den demokratischen Parteien hilft uns in dieser Frage schon lange nicht mehr. Die Bürger sind es leid und wollen kaum noch unterscheiden. Streit hilft allenfalls noch den Radikalen und Extremisten am rechten wie am linken Rand.

Unsere Bürger sind weder ausländerfeindlich noch wollen sie Extremisten nachlaufen. Aber sie erwarten von den in der Demokratie Verantwortlichen, daß als dringlich erkannte Probleme — so gut es

geht — gelöst werden. Haben sie damit denn so ganz unrecht?

Das gilt genauso für das weite Feld der inneren Sicherheit. Die Gefahren der organisierten Kriminalität nehmen dramatisch zu. Weltweit werden allein im internationalen Drogenhandel mehrere hundert Milliarden Dollar jährlich erwirtschaftet, und die suchen und finden Anlage in den Industrieländern. Deshalb brauchen wir verbesserte gesetzliche, sachliche und personelle Mittel zu ihrer Bekämpfung.

Und wir dürfen auch nicht zulassen, daß das Gewaltmonopol unseres Rechtsstaates auf den Straßen nicht mehr durchgesetzt wird. Kein normaler Mensch, liebe Freunde, kann verstehen und akzeptieren, daß die Polizei quasi tatenlos zusehen muß, wie sich Abend für Abend am selben Ort eine Menschenmenge zusammenrottet, aus der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit schwere Straftaten begangen werden, die die Polizei abwarten muß, bis sie einschreiten darf. Und wenn dann die Polizeibeamten unter Gefahr für Leib und Leben endlich einschreiten dürfen, weil die Brandsätze wieder geworfen sind, dann müssen sie dem einzelnen Gewalttäter zur Überzeugung des Gerichtes nachweisen, daß er persönlich einen — am besten auch welchen — Brandsatz geworfen hat, weil andernfalls eine Bestrafung oder auch nur die Verhängung von Untersuchungshaft mangels gesetzlicher Grundlage nicht möglich ist. So, liebe Freunde, wird Schindluder mit der Einsatzbereitschaft unserer Polizeibeamten getrieben.

Das haben unsere Polizeibeamten nicht verdient, sondern sie haben unseren Dank und unsere fürsorgende Solidarität verdient. Deshalb müssen wir unser Demonstrationsstraf- und unser Haftrecht ändern. Und die Sozialdemokraten sollten auf diese Notwendigkeit verant-

wortbar eingehen, anstatt in einer Art von Pawlowschem Reflex schon wieder den liberalen Rechtsstaat in Gefahr zu sehen.

Der liberale Rechtsstaat ist heute nicht durch ein Zuviel an Polizei oder polizeilichen Eingriffsmöglichkeiten gefährdet. Der liberale Rechtsstaat läuft höchstens Gefahr, von den Bürgern nicht mehr ernst genommen zu werden, wenn er den inneren Frieden und die innere Sicherheit nicht gewährleisten könnte.

Das Recht — und nur der Rechtsstaat — schützt eben den Schwachen, denn im Faustrecht kann am Ende nur der Stärkere sich selbst helfen.

Auch hier brauchen wir weniger Streit als vielmehr Lösungen in der Sache, und das heißt Einigkeit in der Koalition und, wo nötig, Konsens mit den Sozialdemokraten.

In der Koalition haben wir in den zurückliegenden Monaten in vielen schwierigen Punkten — von der Pflegeversicherung bis zum Asylrecht — gemeinsame Lösungen — oft genug nach qualvollen Diskussionsprozessen, aber immerhin — zustande gebracht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird auch in Zukunft ein verlässlicher Partner in der Koalition der Mitte bleiben, weil wir anders gar nicht handlungsfähig sein können. Und unsere Bürger erwarten Handeln. Gut handeln, sagt Nathan der Weise, ist bekanntlich viel schwerer als andächtig schwärmen. Unsere Bürger erwarten Taten statt Worte.

Durch Worte — und seien sie noch so kräftig —, liebe Freunde, werden wir den Radikalen von links und rechts nicht das Wasser abgraben, sondern nur durch Taten, durch Problemlösungen und verantwortliches Erklären, was geht und was nicht geht.

Wer die Luftherrschaft über Stammtischen erringen will — wenn das denn Maßstab für politische Effizienz sein soll —, der muß die Luft über Stammtischen reinigen. Anpassung an den Mief ist keine Luftherrschaft, sondern Unterwerfung.

Und in Worten, liebe Freunde, werden Radikale allemal radikaler sein als Volksparteien, die zur Mitte hin integrieren müssen und die nur zur Mitte hin integrieren können.

Die Einheit vollenden, unser Volk zusammenführen und zusammenhalten, das ist die große Aufgabe der Union. Mit Ausgrenzen, mit Gesprächszirkeln, mit Profilierung und Streit ist das nicht zu schaffen, sondern nur mit Gesprächsbereitschaft und gegenseitiger Rücksichtnahme.

Aus unseren Grundwerten heraus, auf der Grundlage unseres vom christlichen Glauben geprägten Bildes vom Menschen, der zur Freiheit und Verantwortung wie zur Schuld und zum Scheitern befähigt ist, müssen wir unsere Politik für gesicherte Freiheit entwickeln und immer wieder erläutern.

Wir haben nicht für alles eine Patentlösung, und wir können keine Wunder vollbringen. Aber wir kennen den einzuschlagenden Weg, und wir lassen uns über die erreichbaren Ziele nicht irre machen. Wir werden diese unsere Ziele mit Tatkraft und Optimismus verfolgen.

Wir haben, liebe Freunde, die große Chance, in einer Zeit des Umbruchs die Zukunft zu gestalten; nutzen wir gemeinsam diese Chance!

(Langanhaltender lebhafter Beifall.)

*Bundeskanzler Helmut Kohl
beglückwünscht den Redner.
Die Delegierten erheben sich.)*

Walther Leisler Kiep:

Wir werden schuldenfrei in das Wahljahr 1994 eintreten können

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Zum zehntenmal erstatte ich den Bericht des Bundesschatzmeisters über die Finanzen der Partei, nachdem ich dieses Amt seit 21 Jahren ausübe.

Es ist mein letzter Rechenschaftsbericht, den ich Ihnen hier heute vorlegen darf, nachdem ich mich im Sommer mit dem Parteivorsitzenden dahingehend abgestimmt habe, daß ich auf diesem Parteitag für dieses Amt nach 21 Jahren nicht mehr kandidieren werde.

Ich berichte Ihnen heute über die Jahre 1990 und 1991, beziehe aber auch die ersten Monate des laufenden Jahres 1992 mit ein.

In aller Kürze die wichtigsten Ergebnisse, was die Finanzen der Bundespartei angeht: Für die Finanzierung des Bundestagswahlkampfes 1990 und für die finanzielle Unterstützung unserer Freunde in der ehemaligen DDR zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 brauchten wir glücklicherweise keine zusätzlichen Kredite aufzunehmen.

Im Gegenteil, die guten Wahlergebnisse am 2. Dezember 1990 und die sparsame Ausgabenwirtschaft gerade auch im Wahlkampf haben uns in die Lage versetzt, Ende 1990 endlich eine namhafte Rückzahlung unserer Ende 1989 mit 75 Millionen DM extrem hohen Schulden vorzunehmen.

Die unmittelbar nach der Bundestags-

wahl 1990 aufgestellte Finanzplanung mit dem weiteren Schuldenabbau als Kernstück konnte 1991 eingehalten werden, und sie wird, meine Damen und Herren, auch 1992 eingehalten. Das bedeutet: Nach einer Kreditrückzahlung von 25 Millionen DM Ende 1990 wurden am 31. 12. 1991 weitere 17 Millionen DM Schulden getilgt und in der Bilanz zum 31. 12. 1991 noch Bankkredite in einer Höhe von 32 Millionen DM ausgewiesen.

Das ist ein sehr hoher Verschuldungstatbestand, aber wir konnten zumindest per Ende 1991 die bilanzielle Überschuldung der Partei so abbauen, daß ein Reinvermögen der Bundespartei CDU von 4 Millionen DM ausgewiesen werden konnte.

Auf dem Weg zur Konsolidierung der Finanzen der Bundespartei sind wir in

Bericht des Bundesschatzmeisters Walther Leisler Kiep

den letzten zwei Jahren ein erhebliches Stück weitergekommen. Ich kann Ihnen mit großer innerer Genugtuung heute sagen, daß wir in den wenigen noch verbleibenden Wochen dieses Jahres eine weitere Rückführung unserer Schulden in einer Größenordnung von 15 Millionen DM vornehmen werden. Das bedeutet, daß wir dann noch — also per Ende dieses Jahres — mit etwa 17 Millionen DM verschuldet sind.



Der nach 21 Jahren aus dem Amt scheidende Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep und seine mit großer Mehrheit gewählte Nachfolgerin Brigitte Baumeister.

Sie erinnern sich vielleicht an frühere Vorträge von mir, in denen ich davon sprach, daß ich einen Plan vorgelegt habe, wie wir die Schulden der Partei insgesamt bis Ende 1993 abgebaut haben, damit wir dann in das Wahljahr 1994 mit all seinen gewaltigen Herausforderungen schuldenfrei eintreten können.

Dieser Abbau der noch verbleibenden Schulden von 17 Millionen DM soll vorgenommen werden, aber wir können im Augenblick eine Aussage dazu deshalb nicht treffen, weil mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. April 1992 zur Parteienfinanzierung in unserer Finanzierungsrechnung 7 Millionen DM fehlen; jene 7 Millionen DM, die wir auf Grund des Sockelbetrags in der alten Finanzierung mit einbezogen hatten. Nachdem das Bundesverfassungsgericht diesen Sockelbetrag für verfassungswidrig erklärt hat, sind diese 7 Millionen DM weggefallen. Das ist der Unsicherheitsfaktor im Jahre 1993.

Ich muß daran erinnern, daß das Bundesverfassungsgericht in dem gleichen Urteil, in dem der Sockelbetrag gestrichen wurde, den Gesetzgeber legitimiert hat, die durch den Wegfall des Sockelbetrags entstandene Finanzierungslücke, an der die kleineren Parteien übrigens noch viel schwerer tragen als wir, durch eine Anhebung der Pauschale für die Wahlkampfkostenersatzung auf bis zu 6,50 DM anzugleichen.

Das dazu notwendige Überleitungsgesetz ist ganz zweifellos — gerade im Lichte unserer heutigen Diskussion — nicht die vordringlichste aller in diesem Herbst anstehenden politisch-gesetzgeberischen Arbeiten. Aber ich möchte an dieser Stelle doch nachdrücklich dafür plädieren, daß dieses Überleitungsgesetz Anfang nächsten Jahres mit auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages gesetzt wird. Denn das Bundesverfassungsgericht hat in seinem schon zitierten Urteil in großer Deutlichkeit darauf hin-

gewiesen, daß das finanzwirtschaftliche Gleichgewicht der Parteien einen hohen politischen Stellenwert hat.

Ich glaube, daß meine designierte Nachfolgerin zur Wahl als Bundesschatzmeister — ich sage das, ohne dem souveränen Delegiertenwillen vorgeifen zu wollen — hier eine besonders wichtige Aufgabe vor sich hat.

Ich darf zum Schluß in diese schatzmeisterliche Bilanz noch ein kleines Stück persönlicher Genugtuung einbringen, weil es für unsere Partei, also für uns alle hier, aber auch ganz persönlich für meinen Generalbevollmächtigten Uwe Lühje und mich ein Punkt von besonderer Bedeutung ist:

Der Bundesgerichtshof hat am 30. September 1992, also vor drei Wochen, das gegen mich am 8. Mai 1991 vor der dritten Großen Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts ergangene Urteil in dem Verfahren, in dem ich mich als Bundesschatzmeister unserer Partei auch der strafrechtlichen Verantwortung für die Vergangenheit gestellt habe, aufgehoben.

Entscheidend, meine lieben Freunde, für diese Aufhebung war, daß wir, d. h. die Bundespartei, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1979, dem sogenannten niedersächsischen Normenkontrollverfahren, die Spendenfinanzierung der CDU-Bundespartei so umgestellt und so konsequent gehandhabt haben, daß es steuerliche Beanstandungen nicht mehr geben konnte.

Wir haben diese Umstellung seinerzeit gegen große Widerstände durchsetzen können. Ich erinnere mich besonders an die Unterstützung des Parteivorsitzenden in schwierigen Gesprächen, auf die ich jetzt im einzelnen nicht näher eingehen möchte. Wir haben es getan.

Wir haben dadurch den Grundstein dafür gelegt, daß jetzt vom Bundesgerichtshof nach dreizehn Jahren höchstrichterlich anerkannt wird, daß die CDU Deutschlands bereits 1979 aus eigener Kraft und aus eigenem Entschluß den richtigen Weg zu einer glaubwürdigen Parteienfinanzierung gegangen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, die Genugtuung, die ich empfinde, wird auch nicht dadurch geschmälert, daß es eine Reihe von bedeutenden Presseorganen, die sich in den zurückliegenden Jahren mit der Vorverurteilung nicht nur von Personen, sondern auch unserer Partei geradezu überschlagen haben, nach dem Vorliegen eines höchstrichterlichen Urteils offensichtlich überhaupt nicht mehr für notwendig halten, diesen Tatbestand auch nur in einer kleinen Meldung unter „Vermischten Nachrichten“ zu erwähnen.

Am Ende meiner Bundesschatzmeisterstätigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, bleibt mir das besondere Bedürfnis, meinem Weggefährten und Mitarbeiter Uwe Lühje sehr herzlich zu danken, der 21 Jahre mit mir durch Höhen und Tiefen gewandert ist und der an meiner Seite auch 78 Tage vor Gericht gesessen bzw. gestanden hat.

Mein besonderer Dank gilt ihm. Er gilt aber auch dem Vorsitzenden. Er gilt den Generalsekretären und den Bundesgeschäftsführern meiner Amtszeit und allen Mitarbeitern in jenen Jahren. Ohne ihre Unterstützung wäre die Durchsetzung einer Politik der sparsamen Haushaltsführung unserer Union nicht möglich gewesen.

(Anhaltender Beifall)

Helmut Kohl: Dank für eine Arbeit, bei der man viel Verdruß erfährt

Ich bin ans Pult gegangen, um Walther Leisler Kiep zu danken. Das ist nicht so dahergesagt. Denn wer 21 Jahre Schatzmeister der CDU Deutschlands war, der hat 21 Jahre lang das Auf und Ab im Leben unserer Partei, in der Auseinandersetzung um deren Finanzierungsprobleme miterlebt.

Lieber Walther, Du weißt aus unseren gemeinsamen Schlachten, Ärgernissen und Betrübissen, auch denen, die wir ganz persönlich erfahren mußten, wie schwer es oft war. Ich will es einmal zugunsten des jetzt scheidenden Bundesschatzmeisters, aber auch zugunsten der Landesschatzmeister, der Bezirksschatzmeister und der Kreis-schatzmeister aussprechen: Das sind Ämter, die nicht viel Ruhm erbringen. Es gibt eine gewisse Grundstimmung bei uns in der Partei: Die einen sind für die Drecksarbeit da, und die anderen verkünden die reine Lehre.

Deswegen will ich am Beispiel von Walther Leisler Kiep allen Schatzmeistern danken. Die Rechenschaftsberichte werden auf Parteitag bis hin zum Kreisparteitag eher beiläufig abgegeben. Wenn es kritisch wird, hören die meisten am liebsten weg, damit sie später sagen können: Da waren wir nicht dabeigewesen.

Meine Damen und Herren, das ist eine harte Arbeit. Es ist eine notwendige Arbeit. Es ist eine Arbeit, bei der man viel Verdruß erfährt und in der man immer wieder neu versuchen muß, die Dinge in Ordnung zu halten. Walther Leisler Kiep hat das in einer

phantastischen Weise getan: in der ihm eigenen eleganten Weise. Das ließ manche vermuten, daß er eigentlich gar nicht am Ball war. Aber er war am Ball.

Daß wir heute nach den Schwierigkeiten, die wir hatten, eine solche Bilanz vorlegen können, ist nicht zuletzt sein Verdienst. Es ist auch das Verdienst unseres Freundes Uwe Lüthje, dem ich von meiner Seite in dieser Stunde ausdrücklich sehr herzlich danken möchte.

Ich freue mich, daß Walther Leisler Kiep der Partei seine Dienste weiterhin zur Verfügung stellt, wenn auch in einer anderen Funktion: als der Beauftragte für die Kontakte der CDU Deutschlands in die Vereinigten Staaten und insbesondere zu den Parteien in den Vereinigten Staaten. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe.

Es besteht die Gefahr einer Verprovinzialisierung der deutschen Politik. Gerade weil wir zum Bau der Europäischen Union und zum Zusammenwachsen ganz Europas ja sagen, ist es wichtig, daß wir die atlantische Brücke nicht vergessen: Sie ist auch in Zukunft die Voraussetzung für Frieden und Freiheit in Europa.

Es ist mehr denn je wichtig, daß wir den Kontakt zu unseren amerikanischen Freunden und Partnern halten. Ich bin sehr, sehr froh, daß Walther Leisler Kiep für unsere Partei diese wichtige Aufgabe jetzt übernimmt.

Günter Rinsche:

Subsidiarität entspricht der Freiheit und Würde des Menschen

**Meine Damen und Herren!
Liebe Freunde! Im September 1952, auf dem Höhepunkt der Europa-Begeisterung, sagte Konrad Adenauer zum damals 34-jährigen holländischen Wirtschaftsminister Zijlstra: „Die europäische Einheit ist eine wesentliche Bedingung für die Zusammenarbeit unserer Völker. Nun sieht alles einfach aus, jeder ist heute begeistert. Später wird sich herausstellen, wie schwer es sein wird. Ich werde das nicht mehr erleben. Versprechen Sie mir durchzuhalten, auch wenn es schwer wird.“**

Die mahnenden Worte des europäischen Staatsmannes sind ein Vermächtnis. Wir, die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments, fühlen uns diesem zeitüberdauernden Auftrag verpflichtet.

Für uns ist die Europäische Gemeinschaft keine „Schönwetterveranstaltung“, der man fernbleibt, wenn schwere Wetter aufziehen, sondern eine Herausforderung unserer Kräfte. Wir wissen — um ein Wort Otto von Bismarcks abzuwandeln —, daß die Krisen das Wetter schaffen, welches Europas Wachstum fördert.

Wir danken unserem Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl dafür, daß er sich in seiner europäischen Zielsetzung und politischen Gestaltungskraft

nicht beirren läßt durch eine Flut von Kritik und kleinkarierter Häme.

Wir alle, die wir die Sache Europa zu unserer eigenen gemacht haben, wir wissen, was Helmut Kohl für die europäische Einigung bedeutet, und wir sind stolz darauf, mit ihm gemeinsam für ein Europa der Freiheit und des Friedens arbeiten zu dürfen.

Meine Damen und Herren, die europäische Integration ist kein Perpetuum mobile, das, einmal angestoßen, ohne weitere Energiezufuhr immer weiterläuft. Die Jahrzehnte des Werdens der Europäischen Gemeinschaft sind durch Hinder-

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche MdEP.

nisse und durch Krisen gekennzeichnet. Die Geschichte der Gemeinschaft zeigt aber auch, daß Krisen neue Lebenskraft wecken und Fortschritt bewirken können. Ein faszinierendes und nachahmenswertes Beispiel ist die erfolgreiche Bewältigung und Nutzung der EG-Krise 1987/88.

Damals gelang es dem EG-Ratspräsidenten und Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem EG-Gipfeltreffen am 11. und 12. Februar 1988 in Brüssel, durch großen persönlichen Einsatz eine neue Dynamik der Integration in Gang zu setzen und

wichtige Weichen für den Binnenmarkt und die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft zu stellen.

Diese und andere Ereignisse der Geschichte unserer Gemeinschaft zeigen, daß die europäische Integration der großen Vision bedarf, aber auch der schnellen Nutzung neuer Gegebenheiten und Möglichkeiten. Hier gilt eine Maxime Ludwigs XIV.: „Die Kunst der Politik besteht auch darin, sich der Zeitumstände richtig zu bedienen.“

Meine Freunde, wir begegnen jetzt tagtäglich herber Kritik an der europäischen Politik und an der Europäischen Gemeinschaft. Wir erleben eine Art Sinnkrise, eine Bewußtseinskrise, die auf Informationsdefizite und auch auf Motivationschwäche zurückzuführen ist.

Man kritisiert die mangelnde Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft innerhalb und außerhalb der EG, und nicht zuletzt spricht man über eine Legitimitätskrise, die durch Demokratiedefizit und undurchsichtige Entscheidungsverfahren entstanden ist.

Wir nehmen sachliche Kritik sehr ernst. Für uns ist Widerspruch kein Ärgernis, sondern die Probe auf die Notwendigkeit. Sachliche Kritik fördert das Interesse an der Gemeinschaft. Interesse fördert Einsicht, auch die Einsicht in die Notwendigkeit. So erschließt eine öffentliche Diskussion neue Chancen für Information und Kommunikation, für europäische Motivation und für eine wichtige europaorientierte Bildungspolitik. Dies, meine Freunde, sind unverzichtbare Wirkkräfte der Gemeinschaftsbildung in Europa, und hier liegen wichtige, aber auch schwierige Aufgaben der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Noch mehr als bisher werden wir uns für eine bürgernahe Europapolitik und eine verständliche europapolitische Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen haben.

In einigen kritischen Analysen der mangelhaften Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft wird behauptet, daß es zum Vertrag von Maastricht und zur Politischen Union Europas sehr wohl Alternativen und andere Optionen gäbe. Natürlich nehmen wir jeden seriösen Vorschlag ernst. Die bisher in die öffentliche Diskussion eingebrachten Alternativvorschläge zum Maastrichter Vertrag berücksichtigen nach unserer Meinung aber weder die Verflechtung der verschiedenen Politikbereiche, d. h. jene Gegebenheiten, die Walter Eucken als eine „Interdependenz der Ordnungen“ bezeichnete, noch die globale Herausforderung Europa, die ohne eine politische Integration nicht richtig und nicht rechtzeitig beantwortet werden kann.

Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion haben einige Gegner des Maastrichter Vertrages dadurch öffentliche Aufmerksamkeit gefunden, daß sie mit interessanten, teilweise aber auch widersprüchlichen theoretischen Deduktionen die Möglichkeiten und die Zweckmäßigkeit europäischer Institutionen, z.B. einer europäischen Währung bestritten.

Viele der vorgebrachten Argumente entstammen der sogenannten Nirwana-Ökonomie, wie Wolfram Engels die Gruppe von Nationalökonomern bezeichnet, die unabweisbare praktische Erfordernisse des Binnenmarktes einfach außerhalb ihrer Betrachtung und ihrer Argumentation lassen. Andere Kritiker wenden sich gegen die Einrichtung und den Ausbau europäischer Institutionen überhaupt.

In diesem Zusammenhang antworten wir mit einem Wort von Jean

Monnet: „Nichts ist möglich ohne den Menschen. Nichts ist von Dauer ohne Institutionen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Abgeordneten der CDU/CSU im Europäischen Parlament beschäftigen sich intensiv mit den Sorgen und Problemen unserer Mitbürger. In den Arbeitskreisen unserer Fraktion und in den Fachausschüssen des Parlaments werden Berichte und Vorschläge erarbeitet, die Antwort auf Fragen unserer Bürger geben.

Dies gilt beispielsweise für Themen wie Stabilitätsanforderungen einer europäischen Währung, soziale Sicherheit, europaweite Bekämpfung der internationalen Kriminalität, Verhinderung bzw. Einschränkung von Mißbrauch bei EG-Beihilfen, Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt, Vermeidung überflüssiger Zentralisierung und Bürokratisierung und vieles andere mehr.

Auf all diesen Arbeitsfeldern haben die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments Impulse gegeben, Initiativen eingeleitet und Vorschläge vorgelegt.

Wir berichten hierüber regelmäßig in unseren Publikationen, z. B. in unseren Informationsdiensten „Europa im Blickfeld“ und „Europa als Auftrag“, und wir sind dankbar für Anregungen und Hinweise zur Verbesserung der europapolitischen Kommunikation.

Meine Damen und Herren, die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben sich seit der ersten europäischen Direktwahl 1979 konsequent für die Geltung des Subsidiaritätsprinzips in den Institutionen und in den Verfahren der Gemeinschaft eingesetzt.

Subsidiarität ist das Gegenteil von Subordination. Subsidiarität sichert das Recht der kleinen

Lebenskreise. Nur das, was im kleineren Lebenskreis nicht oder nicht mehr geleistet werden kann, soll in der größeren Gemeinschaft gestaltet werden.

Der Aufbau der Europäischen Gemeinschaft nach dem Gestaltungsprinzip der Subsidiarität entspricht der Freiheit und Würde des Menschen, garantiert die notwendigen Freiheitsräume für die Selbstentfaltung des Bürgers, ermöglicht sparsame Verwendung knapper Ressourcen durch Vermeidung der hohen Kosten zentralistischer Verwaltung und durch Nutzung der Eigeninitiative, fördert die Eigenverantwortung, Risikobereitschaft und Eigenvorsorge, verringert die Gefahr einer Ausbeutung der Gemeinschaft durch parasitäres „Trittbrettfahren“, schützt die Vielfalt und den Reichtum der lokalen, regionalen und nationalen Kulturen Europas und ihrer Identitäten und ist nicht zuletzt eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft und einer neuen Ordnung in Europa.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen und Erfordernisse haben die CDU/CSU-Abgeordneten bereits am 13. September 1983 den Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union vorgelegt, der wesentlich durch das Subsidiaritätsprinzip geprägt war. Am 9. und 10. Dezember 1991 hat dann der Europäische Rat in Maastricht wichtige Weichen für den Einbau des Subsidiaritätsprinzips in die neue Ordnung Europas gestellt.

Wir begrüßen ausdrücklich die Festlegung des Subsidiaritätsprinzips, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder und die Einrichtung eines Ausschusses der Regionen.

Dabei übersehen wir aber auch nicht, daß es in der Gemeinschaft darauf ankommt, mehrere wichtige Erfordernisse auf einen

Nenner zu bringen. Dies kann in Europa nur dann gelingen, wenn man bei der Verfolgung einzelner Ziele jede Übertreibung sorgsam vermeidet.

Durch Übertreibung kann man gute Ideen ad absurdum führen.

Der Begriff „Subsidiarität“ darf nicht dazu mißbraucht werden, partikuläre Interessen zu Lasten einer zukunftsichernden Ordnung in Europa durchzusetzen.

Eine föderative Ordnung muß kooperativ, nicht aber destruktiv sein. Europäischer Föderalismus ist das institutionalisierte Bestreben, Einheit und Vielfalt zu verbinden. Deshalb hat der Föderalismus in der Europäischen Gemeinschaft die Aufgabe einer Verbindung verschiedenartiger Elemente. Das heißt, er ist zentripetal, nicht zentrifugal. Das Erfordernis der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft ist von existentieller Bedeutung für die Zukunft Europas.

Nur eine starke Gemeinschaft kann ihre unentbehrlichen Beiträge für Frieden, Freiheit, Stabilität und eine menschenwürdige Ordnung im wiedervereinigten Europa leisten.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, seit der Vorlage des letzten Berichts der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament auf dem 2. Parteitag der CDU in Dresden am 15. Dezember 1991 haben einige Ereignisse und Entwicklungen im Europäischen Parlament neue Akzente gesetzt. Vorrangig zu nennen sind hier: **erstens** die Wahl unseres Freundes Dr. Egon Klepsch zum Präsidenten des Europäischen Parlaments, **zweitens** die Vergrößerung der EVP-Fraktion von 122 auf nunmehr 162 Mitglieder und **drittens** die zunehmenden Kontakte und Kooperationen mit politischen Freunden und Partnern aus den

europäischen Staaten, die nicht bzw. noch nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sind.

Die Wahl unseres Freundes Egon Klepsch bereits im ersten Wahlgang am 14. Januar 1992 mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen ist ein Beweis für das große Ansehen und Vertrauen, das er auf allen Seiten des Europäischen Parlaments genießt.

Die CDU/CSU-Gruppe freut sich aber auch darüber, daß unsere guten Kontakte zu wichtigen Persönlichkeiten, Fraktionen und nationalen Delegationen des Europäischen Parlaments mit dazu beigetragen haben, daß erstmals in der Geschichte des direkt gewählten Parlaments ein deutscher Abgeordneter mit einer breiten Mehrheit aus fast allen Fraktionen zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde und daß damit wichtige Gestaltungsmöglichkeiten erschlossen werden konnten.

Von erheblicher Bedeutung ist auch die beachtliche Vergrößerung der EVP-Fraktion durch den Beitritt der englischen und der dänischen Konservativen sowie von herausragenden Persönlichkeiten der französischen Politik. Es ist kein Geheimnis, daß diese Fraktionsvergrößerung und die damit verbundene Erweiterung unserer Handlungsmöglichkeiten nicht unumstritten waren und letztlich durch das positive Votum der CDU/CSU-Mitglieder erreicht wurden.

Wir haben uns diese Entscheidung nicht leichtgemacht, sind aber durch sorgfältige Überlegungen zu der Überzeugung gekommen, daß damit dem strategischen Erfordernis einer strukturellen Mehrheit im künftig zu wählenden Europäischen Parlament bestmöglich Rechnung getragen wird und daß die fraktionsinterne Mitarbeit hochrangiger Persönlichkeiten

und Fachleute zu einer wichtigen Effizienzsteigerung unserer Arbeit führt. Die zunehmenden Kontakte der EVP-Fraktion und hier insbesondere der CDU/CSU-Gruppe mit Parlamentariern und politischen Persönlichkeiten aus Nord-, Ost-, Mittel- und Südosteuropa dienen dem gemeinsamen Werk einer neuen und dauerhaften Ordnung in ganz Europa. In den vielfältigen Formen der Zusammenarbeit, z. B. in Tagungen, Arbeitsgruppen und interparlamentarischen Delegationen, wird dann nicht zuletzt über Fragen und Erfordernisse der politischen Stabilität in Europa diskutiert. Daß die Lösung der damit verbundenen Probleme von geradezu vitaler Bedeutung ist, bedarf keiner besonderen Begründung.

Die strategischen Aufgaben der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament können mit den Schlüsselworten Akzeptanz, Demokratie und Effizienz umschrieben werden. Zur Strategie zählen wir jene Maßnahmen, mit denen man erwünschte Situationen schafft; zur Taktik gehören Maßnahmen, mit denen man gegebene Situationen nutzt.

In diesem Sinne ist es strategisch wichtig, durch Information und Kommunikation dazu beizutragen, daß die Akzeptanz, d. h. die Zustimmung unserer Bürger zur europäischen Einigung und zu den europäischen Institutionen wiedergewonnen und stabilisiert wird.

Dem Erfordernis der Demokratie in der Europäischen Gemeinschaft ist dadurch Rechnung zu tragen, daß unsere Entscheidungsverfahren für die europäischen Bürger einsichtig und verständlich

gemacht werden, vor allem aber dadurch, daß die parlamentarischen Rechte weiter ausgebaut und verstärkt werden.

Die Effizienzsteigerung in allen Bereichen der europäischen Politik dient dann der unverzichtbaren Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit unserer Europäischen Gemeinschaft. Die bestmögliche Erfüllung dieser umfassenden und sehr schwierigen Aufgaben ist nur durch das Zusammenwirken der Verantwortungsträger aller politischen Ebenen möglich. Daher möchten wir Sie, meine Damen und Herren, liebe Freunde, sehr herzlich bitten: Machen wir Europa zu einem großen Gemeinschaftswerk!

Am 29. April 1954 sagte Konrad Adenauer in einer Debatte des Deutschen Bundestages:

Die Verwirklichung der Pläne für einen europäischen Zusammenschluß immer wieder hinauszuschieben, enthält eine große Gefahr. Bestimmte günstige Konstellationen dauern in der Geschichte nicht unbegrenzt fort und kehren selten wieder.

Auch in dieser Hinsicht steht unser Bundesvorsitzender und Bundeskanzler Helmut Kohl in voller Übereinstimmung mit Konrad Adenauer. Es ist jetzt unsere gemeinsame Aufgabe, die Chancen unserer Zeit zu nutzen und unsere ganze Kraft dafür einzusetzen. Die europäische Politik unseres Bundeskanzlers dient dem Ziel, unsere nationalen Erfordernisse mit unserer globalen Verantwortung in Übereinstimmung zu bringen. Meine Freunde, es lohnt sich, für diese Zielsetzung zu arbeiten.

(Beifall)

Die europapolitischen Beschlüsse des EUROPATAGS erscheinen als Dokumentation im grünen Teil der nächsten Ausgabe des UID.

Helmut Kohl:

Dank denen, die seit vielen, vielen Jahren für unsere Partei ihre Pflicht getan haben

Liebe Freunde! Es ist für mich nicht nur eine Pflicht, sondern eine Selbstverständlichkeit, denen zu danken, die heute aus dem Parteipräsidium und dem Parteivorstand ausscheiden. Darunter sind Kollegen, die seit vielen, vielen Jahren für unsere Partei ihre Pflicht getan haben.

Allen voran nenne ich unseren Freund **Gerhard Stoltenberg**.

Er hat es selber erwähnt: Er ist 1955 in Augsburg zum Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands gewählt worden. Von diesem Zeitpunkt an war er Mitglied des Parteivorstands. Als Du, lieber Gerhard, in den Parteivorstand kamst, war Angela Merkel gerade ein Jahr alt. Damit haben Sie eine ungefähre Vorstellung von dem Zeitraum, in dem Gerhard Stoltenberg unserer Partei die Treue gehalten und in wichtigsten Ämtern als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, als Bundesfinanzminister, als Bundesverteidigungsminister Aufgaben für unsere Republik übernommen hat.

Ich möchte Dir, lieber Gerhard, an diesem Tag für diesen Dienst an unserer Gemeinschaft sehr, sehr herzlich danken.

(Anhaltender Beifall)

Vielen Dank für dieses freundliche Dankeschön.

Ich will die Gelegenheit nutzen, mich sehr herzlich auch bei unserem Freund **Walter Wallmann** zu bedanken.

Walter Wallmann gehörte mehr als 15 Jahre dem Parteivorstand an; viele Jahre als Mitglied des Parteipräsidiums. Er hat in unserer Partei einen langen Weg hinter sich gebracht. Er war Vorsitzender des Bezirksverbands der CDU in Mittelhessen. Er war Vorsitzender des CDU-Landesverbands Hessen. Er war Mitglied des Bundestags und stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Unvergessen sind die großen Jahre seiner Zeit als Oberbürgermeister von Frankfurt am Main. Er war Bundesminister für Umwelt und Ministerpräsident von Hessen. Er hat über viele Jahre unsere Partei durch seine Überzeugungen mitgeprägt. Er hat uns immer ein Beispiel dafür gegeben, was Pflichterfüllung heißt. Wir — auch ich — danken ihm nicht zuletzt für seinen klugen und guten Rat.

Lieber Walter Wallmann, herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Sehr herzlich danken will ich auch unserem Freund **Lothar Späth**, der seit 1981 Mitglied des Parteipräsidiums war und in den vielen Jahren seiner Tätigkeit in der Partei als Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und zuvor in seiner kommunalen Tätigkeit in seiner Heimatstadt Bietigheim, als Vorsitzender der baden-württembergischen Landtagsfraktion, als Innenminister und in den Jahren 1978 bis 1991 als Ministerpräsident von Baden-Württemberg seinen Dienst für unsere Sache getan hat.

Helmut Kohl: Dank für den Dienst an unserer Gemeinschaft, für Pflichterfüllung und geleistete Arbeit.



In der ihm eigenen Art: zupackend, direkt, sprühend vor Ideen, hat er viel auch für unsere Partei geleistet. Ich danke Lothar Späth sehr herzlich für das, was er für uns tun konnte.

(Anhaltender Beifall)

Nun, liebe Freunde, will ich ein Wort des Dankes den Damen und Herren sagen, die nicht wieder für den Bundesvorstand kandidieren. Es ist **Willibald Böck**; es ist **Gerd Gies**; es ist Prof. **Hans-Joachim Meyer**; es sind **Barbara Schäfer** und **Marion Walsmann**. Ich danke all diesen Damen und Herren sehr herzlich für den Dienst an unserer Sache und hoffe, daß sie in anderen

Funktionen weiter für die Partei arbeiten.

Ich habe einen Namen jetzt ausgelassen, den ich aus gutem Grund gesondert nennen will. Ich möchte vor allem auch **Birgit Breuel** für das danken, was sie in diesen Jahren für unsere Partei getan hat: als Mitglied des Parteivorstandes, als Kabinettsmitglied in Niedersachsen, in vielfältiger Weise. Vor allem danke ich ihr vor diesem Parteitag der CDU Deutschlands gerne einmal für ihre Arbeit als Präsidentin der Treuhandanstalt. Das ist eine schwierige, eine undankbare, aber eine wichtige Arbeit. Sie leistet großartige Arbeit und verdient unseren Dank.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

3. Parteitag der CDU Deutschlands



Der mit großer Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, zwischen drei seiner vier Stellvertreter, Norbert Blüm, Heinz Eggert, Angela Merkel, und seinem Generalsekretär Peter Hintze.

UiD

33/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.